

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. | www.duh.de

4|2023



Jahresbericht 2023

Zahlen und Fakten
aus unserer Arbeit

Ziele und
Erfolge der DUH

Interview
und Ausblick



Foto: Heidi Scherm

Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender
Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ende November konnten wir ein bahnbrechendes Klima-Urteil erwirken: Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Bundesregierung zu mehr Klimaschutz verurteilt. Jetzt muss die Ampel schnellstmöglich wirksame Sofortprogramme für die Sektoren Gebäude und Verkehr vorlegen. Denn bislang setzt Deutschland nicht einmal seine eigenen zum Erreichen der Klimaziele ungenügenden Vorgaben um.

Gerade vor dem Hintergrund ungelöster Haushaltsfragen und drohender Einsparungen für notwendige Maßnahmen macht das Urteil klar, dass Klimaschutz keinesfalls verzichtbar, sondern eine Rechtspflicht ist. Der Verzicht darauf würde uns und die kommenden Generationen teuer zu stehen kommen. Diese Klage ist nur der Anfang. Unsere weiteren Klimaklagen wegen der fehlenden Anstrengungen der Regierung werden im Februar verhandelt.

Auch auf anderen Feldern haben wir 2023 gezeigt, wie wir gemeinsam durch öffentlichen Druck oder vor Gericht erreichen können, dass Politik, Industrie und Handel umsteuern.

Wir haben die Verurteilung der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erstritten, die nun sofort Maßnahmen für sauberes Wasser ergreifen müssen. Vor Gericht konnten wir auch das Geschäft zahlreicher Unternehmen mit falschen Klimaneutralitätsversprechen stoppen.

Seite an Seite kämpfen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern an unseren Küsten gegen unnötige LNG-Kapazitäten, wir erstreiten neue Fahrradwege, sorgen für plastikfreie Kommunen, beraten, was jetzt sinnvolle Optionen in Ihrem Heizungskeller sind und klagen gegen giftige Pestizide. Wir machen Druck für eine sozialgerechte Transformation hin zu klimaneutralem Wirtschaften und bessere Rahmenbedingungen für Klima, Natur und Umwelt auf europäischer Ebene.

Sie und Ihre Unterstützung haben diese Erfolge möglich gemacht! Dafür danke ich Ihnen sehr! Lesen Sie, was wir 2023 gemeinsam erreicht haben für Klima, Umwelt, Natur und Menschen – und lassen Sie uns nach vorne blicken: Wir haben viel vor in 2024!

Ihr

Harald Kächele

Editorial: Auf ein Wort	2
Interview mit der Bundesgeschäftsführung: Jetzt erst recht!	4
Wir haben ein Recht auf besseren Klimaschutz	10
Showdown um Saubere Luft	12
Mobil sein und das Klima schonen	13
Wir etablieren Grüne Schulhöfe als Erfolgsserie	14
Boom bei Balkonkraftwerken	15
Energiewende von unten	15
Erfolg für den weltweiten Schutz der Wälder	16
Antibiotikamissbrauch in Massentierhaltung gebremst	17
Mehr Schutz für das größte Ökosystem auf Erden	17
Gegen die fossile Sabotage durch die Gas-Konzerne	18
Paukenschlag für den Schutz der Nordsee	19
Für eine soziale statt halbherzige Wärmewende	19
Damit Mehrweg das neue „Normal“ wird	20
Die Elektroschrott-Sammelquote muss steigen	21
Anders bauen, weniger abreißen	21
Erfolgreich gegen leere Klimaneutralitätsversprechen der Konzerne	22
Wir ziehen gegen gefährliche Pestizide vor Gericht	23
UmweltMedienpreis: Mit Engagement, Feingefühl und Humor	24
In Zahlen: 2023 für Mensch, Natur und Klima	26
Finanzen – unabhängig und transparent	28
Ein starker Partner: der Venture and Nature Fund	32
Angeblich „klimaneutral“ – Stoppen Sie mit uns den Betrug!	33
Umwelt bewahren – Zukunft gestalten	34
Ihr Engagement schreibt positive Schlagzeilen!	36
2023 in Bildern	37
Adressen	38
Termine: Mitgliederversammlungen	38
Impressum	39

Fotos: Neuschäffer/DUH (o.l.), Contentrun (o.r.), Alberty/DUH, Jennifer von der Heydt (M.L.), Robert Lehmann (M.r.), Stefan Wieland (u)



10



12



16



19



24



37

Titelbild: MclittleStock/stock.adobe.com

Jetzt erst recht!

Dass der Umwelt- und Klimaschutz auch unter einer selbsternannten Klimaregierung kein Selbstläufer ist, hatte schon das Vorjahr gezeigt. 2023 hat die Ampel-Koalition das Vertrauen in ihre ursprünglichen Ambitionen noch stärker erschüttert und lässt die Klimaneutralität weiter in die Ferne rücken. Warum es gerade jetzt wichtig ist, notwendige Maßnahmen für den Umwelt-, Klima- und Artenschutz einzufordern und als Zivilgesellschaft den Druck auf Politik und Unternehmen zu erhöhen, darüber sprechen Barbara Metz, Sascha Müller-Kraenner und Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführung der DUH.

Die Ampel-Regierung hat in diesem Jahr ihren Kurs fortgesetzt, viele ihrer Umwelt- und Klimabeschlüsse des Koalitionsvertrages rück-abzuwickeln. Was läuft schief und was kann die DUH tun, um den Umwelt- und Klimaschutz trotzdem voranzubringen?

Jürgen Resch: Die Regierung missachtet das nachgebesserte Klimaschutzgesetz, das Kinder und Jugendliche erstritten haben. Für die Sektoren Verkehr und Gebäude müsste sie ambitionierte Sofortprogramme vorlegen, die die Klimaschutzlücke schließen. Stattdessen erweitert die Verkehrspolitik die Lücke. Beispiel: Tausend geplante Kilometer Autobahnausbau. Ich wünsche mir von allen drei Ampelparteien ein starkes, ökologisch orientiertes Regieren. Im Parlament fehlt ein Korrektiv, seit die geübte ökologische Oppositionsarbeit der Grünen weggefallen ist. Es ist deshalb umso wichtiger, dass die Zivilgesellschaft aktiv wird. Gemeinsam mit Menschen und Verbänden schafft die DUH eine mediale Aufmerksamkeit für Umweltthemen und dadurch eine öffentliche Wahrnehmung.

Wenn es um rechtlichen Streit geht, versuchen wir immer erst, ihn außergerichtlich zu klären, was meist gelingt. Beispielsweise bei vielen Unternehmen, die Verbraucher mit leeren Versprechen zu Klimaneutralität täuschen. Als Ultima ratio lassen wir Verstöße gegen Klima- und Umweltschutzrecht auch von Gerichten prüfen und bekommen oft Recht. Aber eigentlich müsste hier der Staat agieren. Der müsste auch vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Klima- und Transformationsfonds die 65 Milliarden Euro klimaschädlichen Subventionen streichen und diese so freierwerdenden Mittel für wirksame Klimaschutzmaßnahmen einsetzen. Wir haben insgesamt sechs DUH-Klimaklagen auf den Weg gebracht.

Unsere erfolgreiche Klage gegen die Sofortprogramme war dabei nur der Anfang. Ende November hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in seinem Urteil bereits bestätigt: Die Bundesregierung verstößt gegen das Bundesklimaschutzgesetz und tut objektiv und widerrechtlich zu wenig für das Grundrecht



Jürgen Resch

Barbara Metz

Sascha Müller-Kraenner



Musikalische Klimaklagen-Paten: die Band AnnenMayKantereit. In der Saison 2023 war die DUH bei jedem Konzert mit dabei und informierte über den Klimaschutz.

auf Klimaschutz. Eine schallende Ohrfeige für die katastrophale Klimapolitik der Bundesregierung! Jetzt muss die Ampelkoalition schnellstmöglich wirksame Klimaschutz-Sofortprogramme für die Sektoren Verkehr und Gebäude vorlegen.

So nehmen wir die Regierung in die Zange, um den dringend notwendigen Durchbruch für Umwelt, Klima und Mensch zu erzielen.

Barbara Metz: Im Gebäudesektor schafft die Bundesregierung durch ihren Zickzackkurs maximale Verunsicherung, was jetzt zukunftssichere Optionen sind. Das Gebäudeenergiegesetz lässt mit unökologischen und langfristig teuren Heizungs-Optionen wie Öl, Gas, Biomasse und Wasserstoff zu, dass die Klimaziele verfehlt und die Menschen in die Energiekostenfalle getrieben werden. Wer jetzt aber eine klimafreundliche Wärmepumpe einbauen will, ist nun unsicher, ob sich das lohnt, sollte er 2028 doch an ein kommunales Wärmenetz angeschlossen werden. Wir steuern mit unseren Bürgersprechstunden gegen, in denen wir ganz konkrete Hilfe anbieten, aufklären und beraten. Auch den mühsam ausgehandelten klimazielf kompatiblen Standard für Neubauten kündigte Bauministerin Geywitz einseitig auf. Das Vorhaben, die am wenigsten klimafreundlichen Gebäude zuerst zu sanieren, hat sie ebenfalls gekippt. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen leben in unsanierten Mietshäusern, perspektivisch fallen ihnen die Energiekosten mehr auf die Füße. Um Mensch und Klima zu schützen, gehen wir den Rechtsweg. Von den Bauministern fordern wir, die Altbausanierung und den Umbau im

„Die Klimakrise ist nicht einfach ein Thema unter vielen, sondern eine Dimension jedes Themas, sie berührt unsere Lebensgrundlagen.“

Barbara Metz

Bestand gezielt zu fördern. Die bisher auf nur zwei Jahre begrenzte Sanierungsförderung ist fatal und führt bei den langen Zyklen im Bausektor zu Attentismus. Die Ampelkoalition setzt die Planbarkeit für Bürgerinnen und Bürger, Industrie und das Handwerk außer Kraft. Wohnungsbaugesellschaften oder Hausbesitzer, die sanieren wollen, warten ab. Das Handwerk bildet nicht aus, wenn unklar ist, ob Aufträge reinkommen. Auch Gebäudeabriss vernichten bezahlbaren Wohnraum und verursachen jährlich Millionen Tonnen CO₂ und Abfall – erfordern in Deutschland aber keine Genehmigung. Wir brauchen eine Genehmigungspflicht, damit künftig Gebäude nur dann abgerissen werden dürfen, wenn Abriss und Neubau ökologischer sind als die Sanierung. Mit unserem bundesweiten Abriss-Katalog schaffen wir Transparenz über unnötige Vorhaben.

Sascha Müller-Kraenner: Die Bundesregierung ist mit dem Ausbau der Erneuerbaren durchaus vorangekommen. Dieser Einstieg in die erneuerbare Welt muss allerdings mit dem schrittweisen Ausstieg aus den fossilen Energien, also Kohle, Öl und Erdgas, einhergehen. Deswegen wenden wir uns so entschlossen gegen die Schaffung überdimensionierter Anlagen für den Import von Flüssiggas – den sogenannten LNG-Terminals – an der norddeutschen Küste. Unbestritten brauchte Deutschland nach dem Wegfall der Gaslieferungen aus Russland kurzfristige Notfalllösungen. Aber keine langfristigen LNG-Überkapazitäten. Es ist uns gelungen, dazu eine politische Debatte einzuleiten, wir haben uns an den Genehmigungsverfahren beteiligt und konnten die schlimmsten Exzesse der

ursprünglichen Planung verhindern. Aber die Auseinandersetzung geht weiter, auch auf dem Rechtsweg. Was uns besonders empört, ist der Plan der Bundesregierung und des privaten Betreibers Deutsche Regas, mitten in der einmaligen Naturlandschaft der Insel Rügen zwei neue Schwimmterminals und außerdem eine 60 Kilometer lange Leitung über den sensiblen Meeresboden der Boddenlandschaft zu bauen. Ich war selbst mehrfach vor Ort und verstehe den entschiedenen Protest der Bürgerinnen und Bürger gegen die Verwandlung ihrer Insel in einen Industriestandort. Diese Art von Taubheit gegenüber den Sorgen der Menschen trägt neben Naturzerstörung auch zur weiteren Politikverdrossenheit bei.

Was „kosten“ diese politischen Entscheidungen die nächsten Generationen?

Barbara Metz: Jeder Mensch wünscht sich für seine Kinder eine sichere Zukunft. Und dazu gehört natürlich der Klima- und Umweltschutz. Die Klimakrise ist nicht einfach ein Thema unter vielen, sondern eine Dimension jedes Themas, sie berührt unsere Lebensgrundlagen.

Wenn man sagt „über Klimaschutzthemen haben wir schon viel geredet, das lassen wir mal beiseite, jetzt geht es um die Wirtschaft“, macht man einen großen Fehler. Die Wirtschaft muss im Sinne des Klimaschutzes gestaltet werden, wenn wir eine sichere Zukunft für uns und unsere Kinder wollen.

Jürgen Resch: Alles was wir heute für den Klimaschutz ausgeben, sparen wir drei-, fünf- oder zehnfach in wenigen Jahren. Weltweit. Jetzt stellt die Bundesregierung 30 Millionen Euro für einen Brückenstrompreis ein, um die Großindustrie zu entlasten. Mit solchen Beträgen könnten wir dem Klimaziel ganz wesentlich

näherkommen. Es fehlt also nicht am Geld, sondern an der Einsicht, dass der Klimaschutz ein wichtiges Handlungsfeld ist. Wir hätten die Möglichkeit, der jungen Generation entsprechende Ausgaben zu ersparen.

Sascha Müller-Kraenner: Das Energiesystem vollständig umzubauen, ist eine riesige, kostspielige Transformationsaufgabe. Deshalb können wir uns keine parallelen Investitionen leisten, die nicht klimazielkompatibel sind, zum Beispiel für neue Erdgasleitungen zur Anbindung der LNG-Terminals oder Speicher zur Abscheidung von CO₂ durch die umstrittene Carbon Capture and Storage-, kurz CCS-Technologie. Unsere Regierung muss konsequent eine Infrastruktur für einhundert Prozent Erneuerbare aufbauen. Dazu gehört ein beschleunigter Stromnetzausbau, wofür sich die DUH seit vielen Jahren mit Bürgerdialogen vor Ort stark gemacht hat, dazu gehören der Ausbau von Speichern, auch für grünen Wasserstoff, und natürlich der Erneuerbaren Energien selbst.

Wo und wie ist es der DUH in diesem Jahr besonders gelungen, Druck zu machen und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken?

Barbara Metz: Wir machen Städte plastikfrei! Die kommunale Verpackungssteuer ist ein Instrument, was dafür sorgen kann, dass Müllberge abschmelzen. Und sie ist zulässig! Wir haben nicht nur Tübingen bis vor das Bundesverwaltungsgericht begleitet, sondern bereits viele hundert Städte, Gemeinden und Kommunen in Deutschland angeschrieben und aufgefordert, es Tübingen nachzumachen. Und wir machen Druck, dass Umweltministerin Lemke die Verpackungssteuer bundesweit umsetzt. Es braucht nicht immer die große Keule mit großen Gesetzen, die dann verunstatet werden

In diesem Jahr ging der Goldene Geier für die „dreiste Umweltsünde des Jahres“ an McDonald's. Hintergrund: Mit dem Slogan „I am beautiful“ bewarb der Müllriese seine Einweg-Verpackungen als Beitrag zum Ressourcenschutz. Die Übergabe fand vor der Konzernzentrale in München statt.





Die EU hat sich ein starkes Renaturierungsgesetz gegeben. Im Vorfeld haben wir zusammen mit WWF und NABU unsere Forderungen an Bundesumweltministerin Steffi Lemke übergeben. Mehr als 820.000 Unterzeichnende haben uns unterstützt.

zum Heizungshammer, sondern Lösungen, die tatsächlich tragen und von denen Viele profitieren. Die haben wir, zum Beispiel mit den Solarbalkonmodulen, die wir kostenlos rausgeben oder mit der Klage, in der wir Mieterinnen und Mieter unterstützen, Balkonkraftwerke montieren zu dürfen. Dafür erhalten wir sehr viel Zuspruch, weil wir Menschen ermöglichen, sich an der Energiewende zu beteiligen und das erhöht auch die Akzeptanz für andere Maßnahmen.

Sascha Müller-Kraenner: Neben der Klimakrise erleben wir weltweit ein unvermindertes Artensterben. Wir müssen die Naturlandschaften, die wir noch haben, schützen und wir müssen degradierte Ökosysteme wieder zum Leben erwecken. Das heißt auch: die wichtigen Funktionen von gesunden Ökosystemen überall auf der Welt erhalten. Dazu zählt die Kohlenstoffspeicherung. Ohne gesunde Wälder, Moore, und Meere werden wir keine Klimaneutralität erreichen. Wir unterstützen deshalb nicht nur das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz der Umweltministerin, sondern werden auch unserer internationalen Verantwortung gerecht. Wir beteiligen uns an einer globalen Kampagne zum Schutz der Antarktis und fordern große Schutzgebiete und Einschränkungen für die industrielle Fischerei im Südpolarmeer. Mit anderen europäischen Naturschutzverbänden hat sich die DUH dafür eingesetzt, dass Lieferketten entwaldungsfrei werden. Dass es jetzt eine EU-Lieferketten-Verordnung gibt, ist ein großartiger ge-

„ Wir brauchen eine naturnähere Landwirtschaft, vor allem eine veränderte Tierhaltung und letztendlich weniger Tiere. Das ist der Schlüssel für die Klimaziele, für Tierwohl und gesündere Ernährung.

Sascha Müller-Kraenner

meinsamer Erfolg. Denn beispielsweise sind die Futtermittelimporte für unsere industrielle Tierhaltung mit der Zerstörung tropischer Wälder verbunden. Wir werden den Prozess intensiv begleiten und diejenigen, die sich nicht an die EU-Verordnung halten, zur Rechenschaft ziehen, notfalls mit Hilfe der Gerichte.

Auch unsere Landnutzung spielt eine wichtige Rolle für Biodiversität und Klimaschutz. Wir denken, dass die Landwirtschaft sich stärker auf die Produktion gesunder Nahrungsmittel konzentrieren sollte, statt auf Agrosprit oder Tierfutter. Wir brauchen eine naturnähere Landwirtschaft, vor allem eine veränderte Tierhaltung und letztendlich weniger Tiere. Das ist der Schlüssel für die Klimaziele, für Tierwohl und gesündere Ernährung. Man muss nicht ganz auf Fleisch verzichten. In 2023 haben wir eine große Kampagne in öffentlichen Kantinen gestartet. Sie sollen im Sinne der Wahlfreiheit neben Fleischmahlzeiten auch vegetarische und vegane Gerichte anbieten.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum nachhaltigen Umbau der Tierhaltung steht bereits: Für den Gewässerschutz haben wir im November ein Grundsatzurteil erstritten. Das Niedersächsische Obergericht hat entschieden, dass die Landesregierungen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Maßnahmen ergreifen müssen, um die Grenzwerte für gesundes und sauberes Wasser schnellstmöglich einzuhalten. Die Nitratwerte liegen im Ems-Gebiet seit Jahren weit oberhalb der erlaubten Grenzwerte für Grund- und Trinkwasser. Nitrat im Trinkwasser ist gesundheitsschädlich. Grund

der Belastung ist unter anderem die Massentierhaltung und die Überdüngung mit Gülle. Das Urteil sichert nun endlich dem Trinkwasserschutz Vorrang vor den Profitinteressen der Fleischindustrie.

Jürgen Resch: Wir haben aufgedeckt, dass die Autohersteller und das Verkehrsministerium den Abgasbetrugskurs fortsetzen. Ich freue mich besonders, dass wir jetzt auch gegen Glyphosat und andere Pestizide vorgehen. Wir klagen vor Gericht, damit es den Behörden verbietet, hochgiftige Agrarchemie zuzulassen. Als es vor 41 Jahren ein Vogelsterben am Bodensee gab, ist es mir gelungen, über alle Parteien hinweg eine Mehrheit für das Verbot des dafür verantwortlichen Pestizids Endrin zu bekommen. Aber heutzutage fehlt der Politik die Kraft, solch ein Verbot auszusprechen. Übrigens wurde damals prophezeit, der Erwerbsobstbau würde ohne Endrin zusammenbrechen. Das ist nicht passiert. Und nach dem Lindan-Verbot ist der Ackerbau nicht zusammengebrochen.

Welche Schwerpunkte setzt die DUH in 2024?

Jürgen Resch: Deutschland braucht einen massiven Ausbau von Bahn-, Bus-, Fahrrad- und Fußgängerverkehr. Die Schweiz gibt das Vierfache pro Einwohner für den Schienenverkehr aus. Und bei

uns steht die Finanzierung des Deutschlandtickets auf dem Spiel. Die DUH hatte jahrelang für ein bundesweites Nahverkehrs-Ticket für 365 Euro im Jahr geworben. Das Deutschlandticket ist ein Erfolg, es muss sogar noch günstiger werden!

Wir können viel bewegen und bekommen dafür viel Zuspruch. Ich sehe aber auch, dass viele Menschen kaum noch Hoffnung haben. Mit meinem Buch „Druck machen“ zeige ich, dass die Kraft der Zivilgesellschaft wirkt. Ein elfjähriges Mädchen hat erfolgreich eine Verfassungsbeschwerde für besseren Klimaschutz ausgelöst, ein 84-Jähriger konnte mit einer Bürgerbewegung Hotelbauten in einem Schutzgebiet am Bodenseeufer verhindern. Wir sind nicht ohnmächtig, wir müssen gemeinsam Druck machen. Im November gab es den erfolgreichen Auftakt der Verhandlungen unserer Klimaklagen und im kommenden Februar wird gerichtlich überprüft, ob das Klimaschutzgesetz rechtmäßig ist.

Jürgen Resch

2024 werden wir ein großes, übergreifendes Thema angehen: Der Staat verweigert seinen Bürgerinnen und Bürgern wichtige Umweltdaten. Es dauert Jahre, bis man Gutachten oder Messwerte bekommt. Gemäß-EU-Recht muss der Staat umweltrelevante Daten aber innerhalb von vier Wochen herausgeben.

Barbara Metz: Wir werden am Thema Gebäudesanierung weiterarbeiten und auch die Solaroffensive fortführen. Bisher ist auf den allerwenigsten Dächern öffentlicher Gebäude Photovoltaik.

„Wir sind nicht ohnmächtig, wir müssen gemeinsam Druck machen. Im November gab es den erfolgreichen Auftakt der Verhandlungen unserer Klimaklagen und im kommenden Februar wird gerichtlich überprüft, ob das Klimaschutzgesetz rechtmäßig ist.“



Vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg machen wir gemeinsam mit dem BUND auf unsere Klimaklagen aufmerksam. Ende November bestätigt das Urteil: Die Regierung muss ihre Klimaschutzanstrengungen im Verkehr und Gebäudebereich verstärken und schnellstmöglich umsetzen.



Fahrraddemo
in München:
Matthias Walter (li)
und Sascha Müller-
Kraenner vertreten
die DUH-Geschäfts-
führung beim Protest
gegen den Fischotter-
Abschusserlass.

Die dezentrale Stromerzeugung auf versiegelten Flächen wie Parkplätzen, Balkonen, Dächern von Supermärkten und öffentlichen Gebäuden ist ein wesentlicher Faktor, die Ausbauziele zu erreichen. Laut einer IFEU-Studie können 90 Prozent der Haushalte günstiger Strom beziehen oder auch 30 Prozent der Erzeugung bis 2030 darüber abgedeckt werden, wenn man genau diese Flächen nutzt. Wir werden uns intensiv für eine gute Regelung für den Mieter- und Nachbarschaftsstrom einsetzen. Wir kämpfen auch für einen Wärmepumpen-Stromtarif, damit es attraktiv ist, jetzt klimafreundliche Lösungen einzubauen.

Sascha Müller-Kraenner: Im nächsten Jahr findet die Europawahl statt und dabei steht auch die deutsche Rolle in Europa im Blickpunkt. Deutschland ist 2023 aus der Atomkraft ausgestiegen und strebt jetzt an, bis 2030 auch die Kohleverstromung zu beenden. Jetzt müssen wir gemeinsam mit unseren Partnern ein zu 100 Prozent erneuerbares Europa schaffen, mit gemeinsamer Infrastruktur und geteilter Energiesicherheit. Dann kann Europa auch glaubwürdig im internationalen Klimaprozess auftreten. Hier hat es in der Vergangenheit eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit gegeben.

Wie lassen sich neue Importabhängigkeiten für eine klimaverträgliche Energiesicherung vermeiden?

Sascha Müller-Kraenner: Als Europas größte Volkswirtschaft spielt Deutschland im internationalen Handel eine wichtige Rolle. Uns als DUH ist es wichtig, die Lieferketten deutscher Unternehmen sauber zu bekommen. Aber Deutschland muss auch eigene Zukunftsindustrien mit hohen Standards für Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechte aufbauen, etwa für Photovoltaik- oder Windener-

gieanlagen. Gerade die Abhängigkeit von China muss deutlich reduziert werden. Dazu sind wir mit der deutschen und europäischen Wind- und Solarindustrie in engem Austausch.

Die DUH kritisiert Missstände, zeigt nachhaltige Lösungen auf und erntet von einigen Akteuren Unmut bis hin zu persönlichen Bedrohungen. Wie begegnet ihr dem?

Jürgen Resch: Es gibt Foren, in denen mit Gewalt gegen uns gedroht wird. Wir haben den Konzern Meta verklagt, damit diese Foren geschlossen werden. Das allein hat dazu geführt, dass sich zehn NGOs, darunter der Weiße Ring, inhaltlich angeschlossen haben. Wir wollen ein Grundsatzurteil für demokratisches Zusammenleben und gegen Gewalt und Hass erwirken.

Wie gelingt es euch, Menschen selbst für sperrige Themen, zu interessieren?

Barbara Metz: Indem wir die Leute draußen mit einbinden. Uns ist auch sehr wichtig, mit den Menschen im Gespräch zu sein, die unsere Überzeugungen teilen, die uns oder auch unsere Klagen unterstützen. Wir hören hin, was sie bewegt und was sie brauchen: Das sind konkrete und bezahlbare Lösungsvorschläge. Aber die Ampelregierung lässt es in Sachen Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz daran fehlen, wir haben auch keine Opposition mehr im Parlament, die dafür kämpft. Das muss deshalb aus der Zivilgesellschaft kommen. Wir können ein Anker sein für die Menschen, die wollen, dass sich trotz des politischen Stillstands etwas bewegt.

Das Interview führten Andrea Kuper und Jutta Kochendörfer, Redaktion DUHwelt.

Wir haben ein Recht auf besseren Klimaschutz

Wider besseren Wissens entwickelt die Bundesregierung nur mangelhafte Klimaschutzambitionen in Schlüsselsektoren wie dem Verkehr oder Gebäudereich und verfehlt dort seit mehreren Jahren die verbindlichen Vorgaben des Klimaschutzgesetzes. Um ihren anhaltenden Rechtsbruch zu kaschieren, will sie das Klimaschutzgesetz entkernen. Wir nutzen alle Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, um das zu verhindern und schnell greifende, wirkungsvolle Maßnahmen durchzusetzen. Dazu zählen auch unsere Klimaklagen.



» Die Bundesregierung versagt beim Klimaschutz auf ganzer Linie. Unsere Klimaklagen sind eine Chance, die Regierung zu den Maßnahmen zu bewegen, für die sie aus eigener Kraft zu schwach ist. «

Christoph Störmer
Referent Klimaschutz im
Verkehr & Klimaklagen

Was wir heute im Klimaschutz versäumen, burden wir uns und unseren Kindern als zukünftige Last auf. Selbst mit allen derzeit beschlossenen und umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen werden in Deutschland bis 2030 über 330 Millionen Tonnen CO₂ mehr emittiert werden, als die gesetzlich vorgeschriebenen Klimaziele erlauben. Um diese Klimaschuld zu begleichen, müsste Deutschland bereits fünf Jahre früher als bisher geplant, also 2040 statt 2045 klimaneutral sein – und das auch nur, wenn nicht bis dahin weitere CO₂-Schulden hinzukommen.

Währenddessen ist die Klimakrise jeden Tag stärker mit den Händen zu greifen. Der zurückliegende Sommer war der heißeste Sommer seit Beginn der Datenerfassung. Die Waldbrände auf Kreta, Starkregen und Erdbeben in Tirol im Sommer oder die verheerende Sturmflut an der Ostsee diesen Oktober: Mit jedem weiteren Zehntelgrad Erderhitzung steigt die Wahrscheinlichkeit solcher Extremwetterereignisse.

Wir ziehen deswegen alle Register, um den klimapolitischen Tiefschlaf dieser Bundesregierung zu beenden. Wir bringen uns nicht nur mit aller Kraft in den politischen Prozess ein, um wichtige Klimaschutzmaßnahmen wie ein Tempolimit durchzusetzen. Gleichzeitig führen wir mehrere Klimaklagen gegen die Bundesregierung.



Neues, bahnbrechendes Klima-Urteil

Im November haben wir mit zwei Klagen vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg das nächste richtungweisende Klima-Urteil erstritten: Die Richterinnen und Richter bestätigen, dass die Bundesregierung gegen das Klimaschutzgesetz verstößt und verurteilen sie dazu, schnellstmöglich wirksame Klimaschutz-Sofortprogramme für die Sektoren Verkehr und Gebäude vorzulegen. Wir fordern die Ampel-Regierung auf, umgehend Maßnahmen wie ein Tempolimit, den Abbau der 65 Milliarden schweren klimaschädlichen Subventionen und eine Sanierungsoffensive etwa für Schulen und Kindergärten zu beschließen.

Klimaschutz-Sofortprogramme sollen die Einhaltung der jährlichen Emissionsgrenzen im Klimaschutzgesetz sicherstellen. Diese waren in den Sektoren Verkehr und Gebäude in den letzten Jahren wiederholt gerissen worden.

Für uns ist dieses jüngste Urteil erst der Anfang zur Korrektur der deutschen Klimapolitik durch Gerichte. Denn neben diesen beiden Klagen haben wir noch weitere Verfahren gegen die Bundesregierung initiiert. Bereits im Februar werden am OVG Berlin-Brandenburg drei weitere Klagen verhandelt, mit denen wir die



November 2023:
Der BUND und die
DUH machen vor
dem OVG auf die
Verhandlung der
Klimaklagen
aufmerksam und
zeigen, wer die
Klimaziele „in die
Tonne tritt“.

Bundesregierung zur Aufstellung eines ausreichenden Klimaschutzprogramms zur Einhaltung der Klimaziele verpflichten wollen.

Und damit nicht genug: Gemeinsam mit zwei jungen Erwachsenen, die auch schon den historischen Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2021 mit uns erkämpft haben, haben wir erneut eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Damit zielen wir darauf ab, dass die Karlsruher Richter die Bundesregierung dazu zwingen, das im Oktober beschlossene Klimaschutzprogramm 2023 nachzubessern. Die Bundesregierung gibt selber zu, dass das Programm nicht ausreicht, um die Klimaziele 2030 zu erreichen – vermutlich verbleibt eine CO₂-Lücke von über 300 Millionen Tonnen CO₂.

Auch die Landesregierungen sind verpflichtet, das Klima mit verbindlicher Gesetzgebung und umfassenden Maßnahmen zu schützen. Diese Ebene beobachten wir ebenfalls sehr genau und hatten beispielsweise Niedersachsen wegen seiner mangelhaften Klimaschutzstrategie verklagt. Hier konnten wir im November eine außergerichtliche Einigung mit dem Land erreichen: Niedersachsen wird nun seine Klimaziele anheben und einen unabhängigen Klimarat einrichten. Wir versprechen: Wir werden auch in Zukunft Druck machen und für ambitionierten Klimaschutz kämpfen.

Gravierende Mängel im Klimaschutzprogramm

Wir müssen auf Grund der aktuellsten Prognosen des Umweltbundesamtes davon ausgehen, dass das Klimaschutzprogramm bis 2030 eine Minderungslücke von bis zu 331 Millionen Tonnen CO₂ klaffen lässt. Durch das Nichtstun dieser Bundesregierung müssen spätere Generationen umso härtere Anstrengungen beim Klimaschutz unternehmen, damit Deutschland einen fairen Beitrag zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens leistet. Das Hinauszögern ist verfassungswidrig und steht im Widerspruch zum historischen Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021. Das Bundesverfassungsgericht hatte extra darauf hingewiesen, dass die CO₂-Reduktionslasten nicht einfach in die Zukunft geschoben werden dürfen. Dafür soll eigentlich der CO₂-Minderungspfad sorgen, der im Klimaschutzgesetz für jeden Sektor festgelegt wird. Ein CO₂-Minderungspfad im Gesetz alleine reicht jedoch nicht: Zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben müssen ausreichende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Darauf zielt unsere Verfassungsbeschwerde ab.

Auch das Klimaschutzgesetz soll entkernt werden

Das mangelhafte Klimaschutzprogramm wiegt umso schwerer, weil die Bundesregierung gleichzeitig daran arbeitet, das Klimaschutzgesetz zu entkernen. Die jahresscharfen CO₂-Obergrenzen für jeden Sektor, die sogenannten Sektorvorgaben, will die Ampelregierung abschaffen. Damit entfielen ein wesentliches Steuerungselement der Klimagesetzgebung. Nach Abschaffung der Sektorvorgaben gäbe es für Anstrengungen keinen ausreichenden Anreiz mehr. Wie sich die Reduktionslasten innerhalb der Gesellschaft und in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen verteilen sollen, wäre dann kaum noch erkennbar. Wir haben uns deswegen mit aller Kraft in den Gesetzgebungsprozess eingebracht, um eine Abschwächung dieses wichtigen Instruments zu verhindern. Sollte der Bundestag ein neues Klimaschutzgesetz beschließen, werden wir es genauestens überprüfen. Und sollten wir zu dem Ergebnis kommen, dass es grundrechtswidrig ist, werden wir nicht zögern, auch hier den Gang vor das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe anzutreten.



» Wir kämpfen weiter um verbesserte Standards und machen uns dafür stark, dass ab sofort Maßnahmen zur Minderung der Belastung kommen. «

Anna-Lena Franke,
Referentin EU-Politik,
Verkehr &
Luftreinhaltung



Showdown um Saubere Luft

Die Standards für Saubere Luft sollen verbessert werden. Die EU-Kommission hat einen Aufschlag gemacht, nun verhandeln Parlament und Rat, wie viel Gesundheitsschutz in der rechtlichen Vorgabe enthalten sein wird.

Ende 2022 hatte die Europäische Kommission einen Vorschlag für die Überarbeitung der Standards für Saubere Luft in Europa vorgelegt. Die Luftqualitätsrichtlinie enthält Grenzwerte für Luftschadstoffbelastungen, Vorgaben für die Luftqualitätsüberwachung sowie Regeln für die Luftreinhalteplanung. Anlass für die Überarbeitung war die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation WHO aus dem Jahr 2021, aufgrund der massiven gesundheitsschädlichen Wirkung die Grenzwerte für Luftschadstoffe deutlich zu verschärfen. So empfiehlt die WHO, die aktuell geltenden Jahresmittelgrenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) auf ein Viertel und für Feinstaub PM_{2,5} gar auf ein Fünftel zu reduzieren. Diese Empfehlung offenbart: Selbst wenn die derzeitigen Grenzwerte flächendeckend eingehalten werden, sorgen sie nicht für einen ausreichenden Gesundheitsschutz; zu viele Menschen erkranken, weil sie ungesunde Luft atmen.

Die Kommission folgt jedoch nicht den WHO-Empfehlungen, sondern schlägt NO₂- und PM_{2,5}-Jahresmittelgrenzwerte ab 2030 vor, die doppelt so hoch liegen. Dieser laschen politischen Umsetzung haben

wir uns mit all unserer Expertise entgegengestellt. Mit konkreten Änderungsvorschlägen an die zuständigen Berichterstatter aller demokratischen Parteien und in direkten Gesprächen mit Abgeordneten des EU-Parlaments haben wir uns intensiv an den Verhandlungen über die 963 Änderungsanträge im Umweltausschuss des Parlaments beteiligt. Mit Erfolg! Im Juni hat eine progressive Koalition einem ausgewogenen Kompromiss im Ausschuss zugestimmt. Vor der Abstimmung des gesamten EU-Parlaments im September in Straßburg führte unser Team bis zur letzten Minute vor Ort Gespräche, um die Mehrheit für Saubere Luft zu sichern. Am Ende stimmten 363 Abgeordnete dafür, ab 2030 die weniger ambitionierten Vorschläge der Kommission als Interimswerte und ab 2035 die Empfehlungen der WHO als Grenzwerte verbindlich in der EU-Luftqualitätsrichtlinie festzulegen – bei 226 Gegenstimmen und 46 Enthaltungen.

Damit geht das Parlament mit gestärktem Rücken in die Verhandlungen mit dem Europäischen Rat der Umweltministerinnen und -minister.

Mobil sein und das Klima schonen

Die Kampagne „Tempo 30 selber machen!“ haben wir im Jahr 2023 fortgesetzt. Unsere „Freiwillig Tempo 30“-Schilder wurden rege nachgefragt. Bürgerinnen und Bürger haben sie auf ihrem Privatgrund aufgestellt und damit ein Zeichen für die Mobilitätswende gesetzt. Eine Behörde ist in mehreren Fällen dagegen vorgegangen und stellt somit in Frage, ob private Schilder zum Langsamfahren auffordern dürfen. Um dies abschließend klären zu lassen, unterstützen wir die Bürger weiterhin bei allen notwendigen rechtlichen Schritten.

Städte müssen den Umweltverbund stärken und die Pkw-Nutzung unattraktiver machen. Dazu gehören angemessene Anwohnerparkgebühren. Wir fordern mindestens einen Euro pro Tag als Anwohnerparkgebühren und die Investition dieser zusätzlichen kommunalen Einnahmen in den chronisch unterfinanzierten ÖPNV. Wir begrüßen das seit 1. Mai erhältliche Deutschlandticket, das vier Jahre nach dem Start unserer Kampagne für ein bundesweit gültiges 365-Euro-Ticket für den ÖPNV endlich eingeführt wurde. Mit 49 Euro im Monat ist es aber nicht für alle bezahlbar. Ein ermäßigtes Ticket für einkommensschwache Gruppen für 29 Euro und eine Ausbauoffensive für Busse und Bahnen vor allem im ländlichen Raum sind jetzt dringend notwendig.

Im Sommer 2023 sind wir erfolgreich mit rechtlichen Schritten und zivilgesellschaftlichem Druck gegen

den von CDU-Verkehrssenatorin Manja Schreiner verhängten Radwegestopp in Berlin vorgegangen: Ein Großteil der Projekte wurde wieder freigegeben! Da sich die Senatsverwaltung aber weigert, Akten zu den restlichen Stopps herauszugeben und so das Recht auf Informationsfreiheit verletzt, haben wir Klage gegen sie erhoben.

Die Ampelkoalition hat in diesem Jahr das Straßenverkehrsrecht reformiert und – wenn auch ohne den großen Wurf – Aspekte des Klima- und Umweltschutzes aufgenommen. Wir drängen auf eine fortschrittliche Auslegung der neuen Regelungen – unter anderem mit einem Rechtsgutachten, das die Optionen für Kommunen analysiert.



» Die neue EU F-Gase Verordnung ist ein großer Erfolg mit globaler Strahlkraft. Nun braucht es eine starke Umsetzung auch in Deutschland, damit sich die natürlichen Alternativen durchsetzen. «

Christine Lützkendorf,
Referentin Fluorierte
Treibhausgase

Saubere Technik für Wärmepumpen und Kälteanlagen

Wir treten seit vielen Jahren dafür ein, dass der Einsatz extrem klimaschädlicher fluoriertem Gase in Schaltanlagen, Kältetechnik und Wärmepumpen verboten wird. Im Oktober regelte die EU eine schrittweise Reduzierung sowie Teilverbote von F-Gasen bei solchen Anwendungen. Viele umwelt- und klimafreundliche Alternativen haben sich schon lange bewährt. Zu ihnen zählen zum Beispiel CO₂, Propan und Ammoniak sowie Wasser und Luft. Hinzu kommt: Kälteanlagen oder Wärmepumpen mit natürlichen Kältemitteln arbeiten meist deutlich effizienter.

Da fluorierte Kältemittel mit geringerem Treibhausgaspotential aber viele weitere Jahre erlaubt bleiben, strömen Ersatzstoffe aus der Chemikaliengruppe der PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) auf den Markt. Diese sogenannten Ewigkeitschemikalien sind nicht abbaubar und stellen eine massive Gefahr für Wasser, Böden und Menschen dar. Wir werden auf die nationale und EU-Politik einwirken, damit sie den direkten Umstieg auf klima-, umwelt- und gesundheitschonende Anlagentechnik umsetzt, statt neue Probleme zu kreieren.



» Als Gesellschaft müssen wir Schulhöfe neu denken: Sie sind nicht nur ein Pausenort, sondern vielmehr ein Bewegungsraum, Rückzugsort und Naturraum. «

Rebecca Fox,
Referentin Kommunaler
Umweltschutz



Wir etablieren Grüne Schulhöfe als Erfolgsserie

Die Deutsche Umwelthilfe löst mit viel Tatendrang und lebendigen Netzwerken eine bundesweite Debatte über Schulhöfe als naturnahe Lernorte aus.

Förderer:
Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz;
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg;
Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz;
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz;
The Nature Conservancy

Seit 2018 unterstützen wir Schulen dabei, ihre Schulhöfe als naturnahe Lernorte neu zu planen und umzugestalten. Mittlerweile sind beziehungsweise waren wir in Thüringen, Hessen, NRW, Brandenburg und in Rheinland-Pfalz aktiv. Durch unsere tägliche Arbeit und unsere Vision von „Zukunftsfähigen Schulhöfen für alle Kinder und Jugendlichen“ setzen wir ein politisches Statement und weisen auf die aktuellen Missstände auf Schulgeländen in ganz Deutschland hin: Kinder und Jugendliche sind mit am stärksten von den Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise betroffen. Deshalb müssen Naturerfahrung, Partizipation und Klimaanpassung direkt an einem ihrer Lebensmittelpunkte erlebbar sein. Umso wichtiger ist eine Schulumgebung, die ihnen als Lern-, Erholungs- und Naturraum dient.

Im März 2023 haben wir im Rahmen unserer „DUH-Kommunalwerkstatt“ eine bundesweit bislang einzigartige Veranstaltung zu naturnahen Schulhöfen ausgerichtet. Gemeinsam mit den knapp 400 Teilneh-

menden konnten wir zahlreiche Hürden identifizieren – und wichtiger noch: zentrale Erfolgsfaktoren für die Schulhofumgestaltung herausarbeiten. Dazu gehören neben einem guten Netzwerk aus Fördermittelgebern und Schulträgern vor allem auch ein zuverlässiges und motiviertes Team sowie die partizipative Einbindung der Schülerinnen und Schüler.

Als Resultat der „DUH-Kommunalwerkstatt“ haben wir den Arbeitskreis „Zukunftsfähige Schulhöfe“ ins Leben gerufen. Gemeinsam besprechen Akteure aus Kommunalverwaltungen, Verbänden, Schulen und Schulträgern sowie unser Team aktuell relevante Schulhofthemen mit dem Ziel, einen Forderungskatalog für eine bundesweite grüne Schulhoflandschaft zu erarbeiten. Nichtsdestotrotz bleiben asphaltgraue Schulhöfe die traurige Norm. Deshalb ermutigen wir Schulgemeinschaften, Kommunen, Planerinnen und Planer dazu, Grüne Schulhöfe zu etablieren!

Boom bei Balkonkraftwerken

Im Jahr 2023 erlebten Balkonkraftwerke einen Boom. Unterstützt von der Deutschen Postcode Lotterie waren wir immer ganz nah dran am Geschehen.

Unsere intensive Arbeit zeigt Wirkung: Zur überfälligen Entbürokratisierung von Steckersolargeräten haben wir maßgeblich mit beigetragen – zum Beispiel ist die Anmeldung des Minikraftwerks nun vereinfacht und das Betreiben mit einem haushaltsüblichen Schuko-Stecker wird geduldet.

Durch Video-Tutorials und einen Live-Talk mit dem bekannten Youtuber Andreas Schmitz sowie unzählige Beiträge in den Sozialen Medien konnten wir Verbraucherinnen und Verbraucher aufklären und eine breite Aufmerksamkeit für das Thema generieren. Dieses bundesweite Pilotprojekt samt Verlosung wird dank der Teilnehmenden der Deutschen Postcode Lotterie mit insgesamt 500.000 Euro gefördert. Die Förderung umfasst unter anderem die Verlosung von weiteren 200 Balkonkraftwerken, die in der zweiten Phase des Projektes über



Matthias Walter (li), Mitglied der DUH-Bundesgeschäftsführung, Nicolas Berthold, Deutsche Postcode Lotterie (3.v.li) und Helena Holenweger, Projektassistentin Kommunaler Umweltschutz (re), überreichen den Gewinnern unserer Verlosung eine Mini-Solaranlage.

einen Zeitraum von zwölf Monaten an Haushalte aus dem einkommensschwächeren Segment vergeben werden. Aber nicht nur das: In Niedersachsen konnten wir ein kommunales Wohnungsunternehmen für Balkonkraftwerke gewinnen. Gemeinsam werden wir in dessen Beständen circa 50 dieser kleinen Solaranlagen installieren und mit diesem Leuchtturmprojekt zeigen, dass auch die Umsetzung in großem Stil reibungslos funktioniert.

Darüber hinaus hat die DUH juristische Unterstützung für eine Mietpartei in Kiel geleistet, die auf absurde Anforderungen der Hausverwaltung stieß, als sie ein Balkonkraftwerk installieren wollte. Im August haben wir Klage beim Amtsgericht Kiel eingereicht und einen beispielgebenden Erfolg erzielt: Das Minikraftwerk darf nun montiert werden.

Auch im kommenden Jahr werden wir die „Energiewende zuhause“ weiter vorantreiben.

Förderung:

Die Deutsche Postcode Lotterie hat uns im Projekt Balkonkraftwerke unterstützt. Unsere juristischen Aktivitäten werden nicht von der Deutschen Postcode Lotterie unterstützt.



Energiewende von unten

Neben den politischen Entscheidungen für den großräumigen Ausbau von erneuerbarer Stromerzeugung und -netzen brauchen wir die dezentralen Elemente der Energiewende, die auch dauerhaft Akzeptanz und Teilhabe vor Ort stärken. Hierfür erarbeiten wir umfangreiche Politikempfehlungen und haben das Solarpaket I aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz kommentiert: Solardachstandards fehlen und die bürokratischen Hürden für Mieterstrom bleiben zu hoch. Auch bringen wir (Bürger)Energieexpertinnen und -experten, Mitarbeitende aus Kommunalverwaltung, Kommunalpolitik sowie Stadtwerken miteinander ins Gespräch. Insbesondere das Thema Energy Sharing – das von Bürgern oder Kommunen organisierte Erzeu-

gen und Verbrauchen von Ökostrom – stößt dabei auf großes Interesse. Der Politik schlagen wir Regelungen vor, um das Thema zu befördern: eine Energy-Sharing-Prämie, den Wegfall der Stromsteuer und die Erstattung der Kosten für digitale Stromzähler (Smart Meter) für solche Projekte.

In den nächsten Monaten werden wir – insbesondere in Bezug auf die geplante Gesetzgebung im Solarpaket II – weiter Druck machen, um die dezentrale Energiewende voranzutreiben. Zum Photovoltaik-Zubau in deutschen Großstädten werden wir eigene Datenauswertungen veröffentlichen. Insbesondere auf bereits versiegelten Flächen muss der Zubau-Turbo eingelegt werden. Ebenso wichtig ist ein ambitionierter Netzausbau vor Ort.

Förderer:

Venture and Nature Fund

Unser Konsum in Europa trägt dazu bei, den Lebensraum des Jaguars zu zerstören. Die EU-Verordnung gegen Entwaldung wird entscheidend dazu beitragen, die globale Abholzung zu verringern.



Erfolg für den weltweiten Schutz der Wälder

» Ein großer Schritt im Kampf gegen die Zerstörung von Wald und Biodiversitätshotsspots ist geschafft. Wir bei der DUH setzen jetzt alles daran, die bestehenden Schlupflöcher zu schließen und eine starke Umsetzung zu erreichen. «

Sven Bergau,
Referent für
entwaldungsfreie
Lieferketten

Die Verordnung der Europäischen Union gegen Entwaldung ist ein weltweit einmaliger und bedeutender Schritt im Kampf gegen die Zerstörung der Wälder auf unserer Erde. Wir haben entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland in Brüssel für eine starke Verordnung eingetreten ist und wichtige Verbesserungen erzielt.

Die EU-Deforestation Regulation (EUDR) ist ein wegweisendes Gesetz, das die Entwaldung für den europäischen Konsum innerhalb Europas und in Drittstaaten – besonders im globalen Süden – drastisch reduzieren soll. Die EU ist verantwortlich für zirka 15 Prozent der globalen Zerstörung von Wäldern und ihre Umwandlung in landwirtschaftliche Flächen wie Viehweiden, Sojafelder und Palmölplantagen. In Europa vertriebene Lebensmittel und andere Produkte dürfen künftig nicht mehr im Zusammenhang mit Entwaldung oder Degradierung stehen. Die Verordnung verbietet den Import von derzeit sieben Rohstoffen: Rinder, Soja, Palmöl, Holz, Kaffee und Kakao. Es ist uns gelungen, darauf hinzuwirken, dass auch Leder aus der Rinderhaltung und Kautschuk einbezogen wurden. Die DUH war während der Entstehung dieses Gesetzesvorhabens eine der aktivsten Umweltorganisationen. Unternehmen dürfen die Produkte nur auf den EU-Markt

bringen, wenn sie nachweisen können, dass diese frei von Entwaldung sind und Gesetze eingehalten wurden. Das umfasst auch die geltenden Gesetze der Herkunftsländer wie das Verbot von Landraub und Kinderarbeit. Diese Umkehr der Beweispflicht ist ein entscheidender Hebel und weist die Verantwortung erstmals den Unternehmen entlang der Lieferkette zu.

Bei allen Fortschritten weist die Verordnung aber noch Schwachstellen auf. Eine der großen Herausforderungen besteht in der Definition von Wald gemäß den Richtlinien der Food and Agriculture Organization (FAO) der Vereinten Nationen. Diese Definition lässt einzigartige Ökosysteme wie den Cerrado in Brasilien, die größte Savanne der Welt, ungeschützt, obwohl dort ein Großteil der Naturzerstörung für den deutschen Bedarf an Sojafuttermitteln stattfindet.

Bis Ende 2024 müssen Unternehmen die Anforderungen umsetzen. Während Unternehmen und Indus-

trieverbände die Verordnung offiziell begrüßen, wehren sie sich hinter den Kulissen gegen den Mehraufwand. Um die Entwaldung effektiv zu bekämpfen und den Schutz der für Klima und Biodiversität elementaren Wälder zu gewährleisten, setzen wir uns weiter in Gesprächen mit der EU, der Bundesregierung, ihren Be-

hörden und den Unternehmen für die konsequente Umsetzung, Stärkung und Weiterentwicklung der EUDR ein, veröffentlichen Studien, Beweise für Verstöße und machen Druck auf der Straße. Wir meinen: Gewinne mit der Zerstörung von Wäldern zu machen, muss ein Ende haben.

Antibiotikamissbrauch in Massentierhaltung gebremst

Seit Jahren drängen wir auf die Reduktion des Antibiotikaverbrauchs in industriellen Tierhaltungen. Schon in den vergangenen Jahren konnten wir die öffentliche und politische Aufmerksamkeit auf die großen Gesundheitsrisiken lenken, die für uns Menschen durch Fleisch aus Massentierhaltung entstehen: als Sachverständige im Bundestag, mit Lobbyarbeit in Brüssel und Berlin und mit unseren Labortests auf antibiotikaresistente Krankheitserreger in Putenfleisch.

2023 dann endlich Erfolge: Der Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung wurde im Vergleich zu 2011 um 68 Prozent gesenkt! Allerdings bekommen Tiere in Deutschland selbst nach dieser massiven Reduktion immer noch doppelt so viele Antibiotika je Kilogramm Fleisch wie Tiere in Großbritannien und sechs Mal so

viel wie in Schweden. Für eine weitere Reduktion muss zwingend der Tierschutz verbessert werden. Wir bleiben dran!

Nach massivem Druck der DUH wurde das Tierarzneimittelgesetz 2022 verschärft: Deutschland muss den Antibiotikaverbrauch bis 2030 gegenüber 2019 halbieren. Das Halbierungsziel verlangt konkrete Verbesserungen in der Fleisch- und Milchwirtschaft für mehr Tiergesundheit. Außerdem können Behörden härtere Sanktionen gegen Antibiotika-hochverbrauchende Betriebe durchsetzen. Tierärzte und -halter müssen seit 2023 den Antibiotikaeinsatz bei allen Hühnern, Puten, Schweinen und Rindern dokumentieren. Ein großer Fortschritt, weil Tierarztpraxen vorher tricksen konnten.



» Unser Erfolg gegen Antibiotikamissbrauch im Stall ist ein hoffnungsspendendes politisches Signal und ein wichtiger Fortschritt für die Gesundheit von Mensch und Tier.«

Reinhild Benning,
Senior Beraterin
für Agrarpolitik

Mehr Schutz für das größte Ökosystem auf Erden

Viele Regionen unserer Meere sind noch weitgehend unerforscht. Und doch wächst der Druck, sie bis in die letzten Winkel und Tiefen hinein zu nutzen. Dabei ist eines längst bewiesen: Die Meere sind unsere Verbündeten gegen die Klimakatastrophe und liefern auch darüber hinaus zahlreiche wichtige Ökosystemleistungen. Wir machen uns national und international für den Schutz der Meere stark.

Die deutsche Nord- und Ostsee sind durch Fischerei, Rohstoffabbau, Energiegewinnung und Schifffahrt übernutzt. Diese industrielle Nutzung ist selbst in Meeresschutzgebieten erlaubt, obwohl auch Deutschland das „Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework“ unterzeichnet hat. Das Abkommen schreibt vor, dass bis 2030 30 Prozent der Meeresfläche unter

effektiven Schutz gestellt werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass es endlich umgesetzt wird. Auf parlamentarischen Abenden, in Fachgesprächen oder mithilfe von Rechtsgutachten bringen wir den Meeresschutz ganz oben auf die politische Agenda! Auch auf internationaler Ebene: Unsere Südpolarmeerkampagne lenkt den Blick der Öffentlichkeit und der Politik darauf, wie wichtig Antarktis und Südpolarmeer für das Klima und uns Menschen sind. Wir fordern die Ausweisung von drei großflächigen Meeresschutzgebieten. Nun haben wir erreicht, dass dies als Ziel in die jüngsten Abschlusserklärungen der G7- und G20-Gipfel aufgenommen wurde. Ein gutes Zeichen, dass das Thema endlich auch auf höchster politischer Ebene besprochen wird!



» Wir werden uns weiterhin auch auf dem juristischen Weg dafür einsetzen, überflüssige fossile Großprojekte zu stoppen. «

Constantin Zerger,
Leiter
Energie und
Klimaschutz



Vor dem Bundeskanzleramt haben wir im Mai gegen den Bau des riesigen und unnötigen LNG-Terminals vor Rügen protestiert.

Gegen die fossile Sabotage durch die Gas-Konzerne

Binz auf Rügen ist ein Paradies für Naturliebhaber. Dennoch, genau hier soll ein monströses LNG-Doppel-Terminal entstehen. Für dessen Anschluss will man eine Pipeline durch den ökologisch sensiblen Greifswalder Bodden, durch Seegrasswiesen und Schutzgebiete treiben. Das wollen wir verhindern. Den Menschen vor Ort geben wir nicht nur hier eine Stimme.

Rechtlich ziehen wir auf Rügen alle Register: Gegen den Bau der Anschlusspipeline klagen wir bereits, gegen die Inbetriebnahme des Terminals werden wir ebenfalls vor Gericht gehen. Die Terminals sind für die Versorgungssicherheit unnötig, dienen dem Import von schmutzigem Fracking-Gas und hebeln die Klimaziele aus.

Rügen ist ein besonders krasses Beispiel, aber leider nicht das einzige. Auch in Wilhelmshaven, Stade und Brunsbüttel sollen weitere Terminals entstehen. Neben den schwimmenden Terminalschiffen geht es an diesen Standorten auch um feste Anlagen an Land. Das

Problem: Diese sind noch gewaltiger als die Terminalschiffe und zementieren die fossile Abhängigkeit über Jahrzehnte.

Wie auf Rügen arbeiten wir hier eng mit Bürgerinitiativen und lokalen Umweltgruppen zusammen, bringen unsere fachliche und rechtliche Expertise ein und beschreiten den Klageweg. Auch wenn wir die Terminals noch nicht endgültig stoppen konnten, ist unsere Arbeit erfolgreich: So wurde nach unserem Protest die geplante Kapazität auf Rügen deutlich reduziert. In Wilhelmshaven wurde eines der Terminalschiffe gestrichen.

Fotos: Ffinke/DUHH (o.L.), DUHH (o.)



Da mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz eine effektive Bürgerbeteiligung unmöglich gemacht wird, haben wir das Format des „Alternativen Erörterungstermins“ entwickelt. So konnten wir hunderten Bürgerinnen und Bürgern in Wilhelmshaven, Stade und Binz Gehör verschaffen.

Gegen die Klima-Sabotage durch die LNG-Terminals werden wir weiter vor die Gerichte gehen. Und wir werden vor Ort präsent bleiben, um den Menschen an Nord- und Ostsee zur Seite zu stehen, um ihre Heimat und die fantastischen Naturlandschaften unserer Küsten zu schützen.

Paukenschlag für den Schutz der Nordsee

Im Kampf gegen Gasbohrungen vor der Küste Borkums konnten wir gemeinsam mit unseren Klagepartnern den im April in einem Eilantrag erstrittenen Baustopp einer Bohrinsel aufrechterhalten: Das Gericht in Den Haag hat in der mündlichen Verhandlung Ende September entschieden, dass der niederländische Konzern One-Dyas bis auf Weiteres keine Bohrplattform direkt vor dem UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer errichten darf. Das fossile Bohrprojekt droht die Riffe am geplanten Standort zu zerstören, beeinträchtigt Schutzgebiete und steht in gravierendem Gegensatz zum Klima- und Meeresschutz. Parallel zum holländischen Verfahren bereiten wir mit dem Klägerbündnis weitere rechtliche Schritte in Deutschland vor, um jegliche Bohrgenehmigungen für das grenzüberschreitende Gasfeld weiter zu verhindern.

Für eine soziale statt halbherzige Wärmewende



» Die Ampelregierung verfehlt mit den für den Gebäudebereich beschlossenen Maßnahmen die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes. Dagegen gehen wir juristisch vor. «

Paula Brandmeyer,
Stellvertretende
Bereichsleiterin Energie
und Klimaschutz

Mit der hitzigen Debatte über das Gebäudeenergiegesetz ist der Klimaschutz im Gebäudesektor auf der großen politischen Bühne angekommen, um dann durch die Ampelregierung selbst von deren Agenda verdrängt zu werden. Wir kämpfen weiter für eine klima- und sozialgerechte Wärmewende.

Seit Jahren setzen wir uns konsequent für die Wärmepumpe als Schlüsseltechnologie der Wärmewende und für optimale Rahmenbedingungen für ihren breiten Einsatz ein. Die Bundesregierung glaubt jedoch mehrheitlich an die Mär von der Technologieoffenheit. Statt wirklichen Klimaschutz zu betreiben, lässt sie mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz weiter Holz zum Heizen zu sowie den Einbau neuer Gasheizungen, solange diese wasserstofffähig sind. Aber Wasserstoff wird aufgrund des großen Bedarfs für eine klimaneutrale Industrie nicht ausreichend und bezahlbar zum Heizen zur Verfügung stehen. Damit Verbraucher nicht in die Wasserstofffalle tappen und auf ihrer fossilen Gasheizung sitzen bleiben, werden wir sie in den kommenden Jahren mit intensiver Aufklärung beim Heizungstausch begleiten.

Ab 2024 gilt für Kommunen die Pflicht, bis spätestens Mitte 2028 ihre Wärmeplanung vorzulegen. Die Fristen sind zwar mit dem Gebäudeenergiegesetz verzahnt, verleiten aber in der Übergangszeit zum Einbau neuer fossiler Heizungen. Um vielerorts die Prozesse zu

beschleunigen, wollen wir Wissens- und Informationsaustausch ermöglichen.

Neben den erneuerbaren Wärmequellen ist das Energiesparen ein wesentlicher Teil der Lösung. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen leben besonders häufig in sanierungsbedürftigen Gebäuden. Deshalb schockiert es umso mehr, dass die Bundesregierung beim Baugipfel im September dieses Jahres die Unterstützung für EU-weite Mindesteffizienzstandards für den Gebäudebestand zurückzog und damit nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ein zentrales Instrument für den Klimaschutz scheitern ließ. Wir werden auf politischer Ebene den Druck auf die Bundesregierung aufrechterhalten und im Verbund mit anderen Akteuren weiterhin Wege zur Umsetzung eines klimaneutralen Gebäudebestands 2045 und zum Beenden von Energiearmut aufzeigen.

Der Fokus muss dabei eindeutig auf Bestandgebäuden liegen, die saniert, umgebaut oder aufgestockt werden können, statt sie abzureißen. Gemeinsam mit anderen Akteuren veröffentlichen wir seit diesem Jahr den Abriss-Atlas, in dem wir kontinuierlich Abrissbeispiele sammeln. Es braucht aber nicht nur Negativbeispiele. Wir führen unsere Projektarbeiten zu klimafreundlichen Baustoffen wie Zement- und Beton-Alternativen fort, um nachhaltiges Bauen in der Praxis zu stärken.

Mit der Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ klären wir Verbraucher über die ökologischen Vorteile von Mehrwegflaschen auf. Darüber hinaus haben wir Eckpunkte für eine konsequente Mehrwegförderung durch die Politik erarbeitet.



Damit Mehrweg das neue „Normal“ wird

Mehrweg-Flaschen, -Becher und -Boxen sind nicht wegzudenken, wenn es um Abfallvermeidung geht. Wir pushen praxistaugliche Mehrweglösungen und setzen uns beharrlich dafür ein, dass die Politik Ziele zur Abfallvermeidung und eine verbindliche Mehrwegförderung einführt.

Den diesjährigen Start der Mehrwegangebotspflicht für to go-Getränke und -Speisen in der Gastronomie haben wir kritisch begleitet. Denn behördliche Kontrollen gab es fast keine. Unsere Testbesuche offenbarten zahlreiche Verstöße: eine eklatant schlechte Verbraucherinformation, praxisuntaugliche Mehrwegangebote und fehlende Anreize zur Nachfrage. Getestet haben wir millionenschwere Unternehmen und haben Gesetzesverstöße konsequent juristisch verfolgt. Gegen viele Unternehmen, unter anderem Starbucks, Edeka, Rewe und Yormas haben wir bereits Klagen bei den zuständigen Landgerichten eingereicht.

Wir sprechen Kommunen an und zeigen ihnen politische Optionen auf, um unnötigen Einwegmüll zu verbannen. Auf unserer interaktiven Karte und dank

Berichten über unsere Kampagne „Plastikfreie Städte“ können Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen, ob und inwieweit ihr Heimatort auf diesem Feld aktiv ist. In mehr als 400 Städten haben wir Anträge auf weniger Einweg-Plastikmüll gestellt und konnten erste Städte motivieren: Dormagen will ab 2024 eine örtliche Verbrauchssteuer auf Einweggeschirr einführen, Konstanz ab 2025.

Einen tollen Erfolg hat auch unser jahrelanger Einsatz gegen Plastik-Müllberge in Fußballstadien erzielt. Zum Start der Saison 2023/24 konnten wir die Herren-Bundesliga von Einwegbechern befreien. In allen 18 Bundesligastadien werden Getränke standardmäßig in Mehrwegbechern angeboten.

Unser diesjähriger Supermarktcheck hat belegt, dass die Unternehmen Aldi, Lidl, aber auch Edeka und

Rewe viel vorverpacktes Obst und Gemüse anbieten, ebenso Einweg bei Molkereiprodukten oder beim Kaffee für unterwegs. Getränke verkaufen Lidl und Aldi ausschließlich in Einwegflaschen, Dosen oder Getränkekartons. Lidl's groß angelegte Einweg-Kampagne mit Promi Günther Jauch haben wir durchleuchtet. Wir haben Fakten gecheckt und in Interviews sowie auf poli-

tischen Veranstaltungen unsere Kritik an den falschen Umweltargumenten bekannt gemacht. Weder in der Öffentlichkeit, noch gegenüber der Politik ist es Lidl gelungen, Zweifel an den ökologischen Vorteilen von Mehrweg gegenüber Einweg zu säen. Mehr noch: Selbst andere Hard-Discounter wie Aldi und Penny nehmen Getränke in Mehrweg in ihr Angebot auf.



» Durch unsere politische Arbeit unterstützen wir Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Anwendung von Mehrweg. Nur so lässt sich die Verpackungsmüllkrise lösen. «

Thomas Fischer,
Leiter Kreislaufwirtschaft

Die Elektroschrott-Sammelquote muss steigen

Altergeräte enthalten nicht nur Wertstoffe für ein Recycling, sondern auch Schadstoffe wie Flammschutzmittel, Schwermetalle oder leicht entzündbare Akkus. Doch nur 39 Prozent des Elektroschrotts wird getrennt gesammelt. Auch Händler müssen Verantwortung für die sachgerechte Entsorgung von Elektro- und Elektronikware übernehmen. Große Supermärkte unterliegen gesetzlichen Rücknahmepflichten, die sie allerdings häufig missachten: Verweigerte Rücknahmen, fehlende Hinweisschilder und verbraucherunfreundliche Sammelangebote sind leider die Regel. Das belegen unsere Testbesuche. Noch dazu wollten sich viele Supermärkte, in denen wir Verstöße festgestellt hatten, nicht dazu verpflichten, diese für die Zukunft auszuschließen. Daher haben wir Klagen gegen Aldi Nord, Aldi Süd, Lidl, Netto-Marken-Discount, Rossmann

und Franchisenehmer der Handelsketten Edeka und Rewe eingereicht.

Bestimmte Elektroschrott-Rücknahmepflichten gelten auch für Online-Händler. Sie müssen verbraucherfreundlich sein, etwa durch flächendeckende Rückgabemöglichkeiten oder eine direkte Abholung vor Ort. Unsere Tests legten auch hier katastrophale Zustände offen. Über die Hälfte der 25 getesteten Online-Händler informierten Verbraucher beim Kaufprozess nicht darüber, dass alte Elektrogeräte unentgeltlich zurückgegeben werden können, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Damit sie sich nicht der Verantwortung entziehen, haben wir gegen eine Reihe von Unternehmen rechtliche Verfahren eingeleitet, darunter auch große Namen wie Apple, Ikea, Conrad, Home24 oder Lidl.

Anders bauen, weniger abreißen

Der Ressourcenschutz im Bau- und Gebäudebereich steckt noch in den Kinderschuhen. Aus dem Bausektor stammt aber mehr als die Hälfte des deutschen Abfallaufkommens. Wir fordern, Abrisse durch eine Genehmigungspflicht zu erschweren, Bestandsgebäude müssen saniert oder umgebaut werden.

Der größte Teil der Bau- und Abbruchabfälle wird verbrannt, deponiert oder minderwertig verfüllt. Gleichzeitig werden Recyclingmaterialien kaum eingesetzt. Dabei wäre die Kreislaufwirtschaft im Hoch- und Tiefbau ein wichtiger Beitrag zum Klima- und Umweltschutz: Bis 2045 könnten durch Kreislaufführung 60 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente vermieden und 66 Millionen Tonnen Ressourcen eingespart werden. Im

selben Zeitraum könnte in Deutschland eine Fläche von einer Million Hektar vom Rohstoffabbau verschont bleiben.

Um dieses Umweltschutzpotential zu heben, setzen wir uns mit Stellungnahmen in mehr als zehn verschiedenen Gesetzgebungsprozessen für eine ressourcenschonende und kreislauforientierte Bauwirtschaft ein. Besonders wichtig ist die Vernetzung der Entscheidungsträger der parallelen politischen Prozesse mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden. Deswegen haben wir Fachgespräche, Webinare und Netzwerktreffen mit bis zu mehreren hundert Teilnehmenden organisiert und uns für kreislaufgerechtes und umweltfreundliches Bauen eingesetzt.

Förderer:
Deutsche Postcode Lotterie
Deutsche Bundesstiftung
Umwelt



» Wir lassen Unternehmen nicht damit durchkommen, Verbraucherinnen und Verbraucher mit falschen und intransparenten Klimaneutralitätsversprechen zu täuschen! «

Linda Janek
Referentin Ökologische
Marktüberwachung



Gegen leere Klimaneutralitätsversprechen der Konzerne

Derzeit existiert eine wahre Flut an Klimaneutralitätssiegeln auf dem Markt. Doch dahinter steckt meist mehr Verbrauchertäuschung als Klimaschutz. Wir schützen Verbraucherinnen und Verbraucher vor irreführenden Werbeversprechen, indem wir dreiste Fälle von Greenwashing aufdecken, rechtlich gegen sie vorgehen und EU-weit für die Durchsetzung umweltrelevanter Verbraucherschutzvorschriften kämpfen.

Klimaneutralitätsversprechen von Produkten, Dienstleistungen oder gar ganzen Unternehmen beruhen häufig nicht auf dem Vermeiden und Reduzieren von Emissionen. Stattdessen werden die entstandenen Emissionen von Unternehmen kompensiert. Diese Kompensation erfolgt über den Kauf von Emissionsgutschriften für Projekte im globalen Süden, die aber häufig nicht für einen Emissionsausgleich geeignet sind und zu einem leeren Klimaneutralitätsversprechen führen. Aufgrund methodischer Mängel werden die CO₂-Einsparungen oft massiv überschätzt, ein Beispiel dafür sind Kochofenprojekte.

Auch Waldschutzprojekte können nicht garantieren, dass der Wald die eintausend Jahre, in denen klimaschädliche Gase in der Atmosphäre wirken können, erhalten bleibt, um die CO₂-Bilanz auszugleichen. Außerdem fließt ein großer Anteil des Geldbetrages nicht in

die Projekte, sondern in die Taschen der Projektvermittler. Eine solche Kompensation verhindert somit echten Klimaschutz und führt Verbraucherinnen und Verbraucher in die Irre.

Unser Team setzt sich für ein Ende dieser Verbrauchertäuschung ein. Wir überprüfen die Klimaneutralitätsversprechen der Unternehmen und gehen gegen besonders dreiste und intransparente Verstöße vor. Seit Mai 2022 haben wir über 40 Verfahren eingeleitet. Unsere Erfolge geben uns Recht: So darf etwa der Mineralölkonzern TotalEnergies sein Heizöl nicht mehr als klimaneutral bewerben. Der Drogeriemarktkette dm wurde es gerichtlich untersagt, ihre Duschgels, Seifen und andere Produkte als klimaneutral zu bewerben. Zudem sehen immer mehr von uns kontaktierte Unternehmen ein, dass ihre grün gefärbten Werbeaussagen nicht halten, was sie versprechen. Zahlreiche dieser Firmen

lassen es erst gar nicht mehr auf Prozesse ankommen: Sie haben sich mittels Unterlassungserklärungen dazu verpflichtet, ihre werblichen Klimaneutralitätsaussagen von vornherein transparent zu belegen und verzichten teilweise komplett darauf.

Auch auf politischer Ebene setzen wir uns erfolgreich für ein Verbot irreführender Werbung mit Klima-

neutralitätsaussagen ein: Die Europäische Union hat nicht zuletzt dank unseres Einsetzes entschieden, dass Werbung mit Klimaneutralitätsversprechen zukünftig strengen Anforderungen unterliegen wird.

Diese wichtigen Erfolge für den Verbraucherschutz geben uns Rückenwind für unsere weitere Arbeit.

Wir ziehen gegen gefährliche Pestizide vor Gericht

Bevor wir gegen die Zulassung von Produkten, die der Umwelt, dem Klima und unserer Gesundheit schaden, auch gerichtlich vorgehen konnten, mussten wir uns dieses Recht erst erkämpfen.

Bereits im November vergangenen Jahres konnten wir ein Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs erwirken: Umweltverbände in Deutschland müssen – basierend auf der Aarhus-Konvention – mit geeigneten Instrumenten ausgestattet werden, um gegen alle Typ- und Produktzulassungen mit schädlichen Umweltauswirkungen vorgehen zu dürfen.

Dieses richtungsweisende Urteil ermöglicht uns nun, die nach unserer Auffassung rechtswidrig durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) erteilten Zulassungen hochgiftiger Pestizide anzufechten.

Wir konnten ein systematisches Versagen der Zulassungs- und Genehmigungsbehörden aufdecken: Sowohl die EU-Kommission als auch die deutschen Zulassungsbehörden haben immer wieder die abgelaufene Genehmigung des Wirkstoffs S-Metolachlor beziehungsweise die Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Stoff ohne weitere Risikobewertung verlängert – trotz eindeutiger Hinweise auf unannehmbare Umwelt- und Gesundheitsrisiken.

Obwohl sich die Ampel in ihrem Koalitionsvertrag noch klar für eine notwendige Reduktion gefährlicher Pestizide wie beispielsweise Glyphosat positionierte, enthielt sich Deutschland bei den EU-Abstimmungen über ein europaweites Verbot von Glyphosat.

Mit fachlicher Unterstützung von foodwatch haben wir drei Anträge auf Überprüfung der Genehmigung hochgiftiger Wirkstoffe auf EU-Ebene auf den Weg gebracht und führen sechs Verfahren gegen die erneute Zulassung extrem schädlicher Pestizid-Produkte in Deutschland. Neben dem glyphosathaltigen Produkt Roundup PowerFlex des Herstellers Monsanto Agrar Deutschland GmbH klagen wir gegen die Herbizide Gardo Gold sowie Dual Gold des Herstellers Syngenta Agro GmbH, gegen die Herbizide Tactic der Adama Deutschland GmbH und Elipris der Corteva GmbH München sowie gegen das Insektizid Sherpa Duo von den Herstellern SBM Developpement SAS und SBM Life Science GmbH.

Alle Produkte enthalten höchst bedenkliche Wirkstoffe. Diese vergiften Gewässer, töten wichtige Nahrungspflanzen und gefährden dadurch Tiere. Über Trinkwasser und Nahrung gelangen sie auch in den menschlichen Körper. Teilweise lassen sich diese Stoffe nicht wieder aus der Umwelt entfernen. Die hiermit einhergehenden Gefahren für Böden, Grundwasser, Flüsse und Seen sowie für die Gesundheit sind aus unserer Sicht inakzeptabel. Klagen gegen weitere hochgiftige Pestizide sind geplant.



Fotos: NataliaAlba/stock.adobe.com (l), Holzmanny/DUH



» Wir nehmen nicht hin, dass hochgiftige Pestizide ohne Risikoprüfung und ohne Berücksichtigung neuer Forschungsergebnisse zugelassen werden. «

Agnes Sauter,
Leiterin Ökologische
Marktüberwachung



Zum 28. Mal verlieh die DUH den UmweltMedienpreis. Auf der Preisverleihungsgala nahmen ihn die Medienschaffenden im Berliner Meistersaal entgegen.

Mit Engagement, Feingefühl, und Humor

Trotz sich häufender Umweltkatastrophen und Extremwetterereignisse tritt die Politik beim Umwelt- und Klimaschutz auf die Bremse. Vielen Medienschaffenden gelingt es aber selbst in turbulenten Zeiten, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Klimakrise jeden Lebensbereich berührt und die Verantwortlichen mit den unumkehrbaren Folgen ihrer Untätigkeit zu konfrontieren. Zwölf von ihnen haben wir für ihre besonders bewegenden Beiträge mit dem UmweltMedienpreis ausgezeichnet.

„Die Preisträgerinnen und Preisträger dieses Jahres zeigen uns, wie ‚Umwelt und Natur‘ sogar die Themen Krieg, Chaos und Energiekrise vom Titel nationaler Magazine verdrängen können. Auch, dass die Menge der Stimmen und Ansätze zur Lösung der Klimakrise so groß ist, dass sie einen ganzen Sendetag füllen“, so Margit Mönnecke, Bundesvorständin der DUH, in ihrer Eröffnungsrede anlässlich der Verleihung des UmweltMedienpreises im Oktober. Die ausgezeichneten Medienschaffenden motivieren mit Feingefühl, Engagement, Humor und überraschenden Ansätzen zum sorgsamem Umgang mit Ressourcen, Natur und Umwelt. Hätten Sie zum Beispiel gedacht, dass sich am Rebhuhn eines der größten Dramen unserer Zeit – „Das große Artensterben“ – gut erklären lässt? Die FOCUS-Redakteurin **Sonja Fröhlich** verfasste eine ganze Artikelserie mit Antworten auf die Frage „Ist die Welt, wie wir sie lieben, noch zu retten?“ und sorgte dafür, dass

dieses öffentlich immer noch zu wenig beachtete Thema sogar den Titel des Magazines zierte. Ausgezeichnet wurde sie in der Kategorie Text.



Sonja Fröhlich (li) mit Laudatorin Sabine Riewenherm, Biologin und Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz.

Am symbolträchtigen Tag der Deutschen Einheit haben **Alina Faltermayr**, **Britta Steffenhagen** und **Julia Vismann** für radioeins

den ganzen Tag lang eine Sendung zu nur einem Thema gemacht: der Klimakrise. In diesem Radioexperiment haben sie unterhaltsam und mutmachend mit Reportagen und Experten-Interviews über die Klimakrise und Lösungen aufgeklärt und informiert. Für den Radioday „The Final Countdown: Ist die Welt noch zu retten?“ erhielten die drei Journalistinnen und Moderatorinnen den Preis in der Kategorie Audio.

Johan von Mirbach hat mit seiner Dokumentation „Wie gelingt die Verkehrswende? Metropolen in Bewegung“ gezeigt, wie mehr Klimaschutz und Lebensqualität im urbanen Raum möglich sind, wenn man nur will – und den Kampf gegen die Klimakrise ernst nimmt. Sein großartig recherchierter Film verschweigt Herausforderungen nicht und macht doch große Hoffnung auf eine Zukunft in lebenswerten Städten. Dafür erhielt der Dokumentarfilmregisseur und Journalist den UmweltMedienpreis in der Kategorie Video.

Für ihr Lebenswerk geehrt wurden der Kabarettist **Gerhard Polt** und die heute als „Well-Brüder aus'm Biermoos“ musizierenden **Christoph, Michael** und **Karl Well** sowie **Hans Well**, der bis vor elf Jahren auch mit von der Partie war – damals noch unter dem gemeinsamen Namen „Biemösl Blosn“. Sie alle stehen seit über 40 Jahren für gesellschaftskritische Kleinkunst, die weit über die bayerische Sprach- und musikalische Genre-Grenzen hinaus Wirkung entfaltet. Mit satirisch-bissigen, humorvollen Sketchen und Musikeinlagen nehmen sie das politische Geschehen in Bayern und dem Rest der Welt aufs Korn und provozierten dabei so manchen Eklat bis hin zu Sende-verbieten. Einschüchtern ließen sie sich nie. Die Aufdeckung der Amigo-Affäre um den Rhein-Main-Donau-Kanal, ihr Widerstand gegen die Atomkraft oder ihr Einsatz für Dönerpfand und Mehrweg sind unvergessen.

Zum sechsten Mal hat die Jury dieses Jahr einen Publikumspreis ausgelobt. Tausende Menschen haben in einer Online-Abstimmung ihre Favoriten gewählt: die Comedy-Autoren und Satiriker **Lutz van der Horst** und **Fabian Köster**. Mit ihrem heute-show spezial „Wie Deutschland den Ausbau der erneuerbaren Energien verkackt“ beweisen sie, dass Satire und Comedy entlarvender und politisch wichtiger sein können als manch ernstes Genre. Spitzzüngig, faktenbasiert und mit dem Finger tief in der Wunde führen sie ihrem Millionen-Publikum und der Politik vor Augen, wie einfach es mit der Energiewende gehen könnte, wenn endlich in die Zukunft gedacht und umgesetzt würde. Weiter nominiert waren Sarah Bosetti für ihre Serie zum Gesellschaftsrat Klima und Anke Engelke, Annette Frier, Bjarne Mädel, Aurel Mertz, Axel Prahl und Pheline Roggen für die Präsentation der Serie „Wir können auch anders“.



Medienkritiker und Kabarettist Oliver Kalkofe laudatierte Alina Faltermayr (li), Britta Steffenhagen und Julia Visman (re).



Journalistin und Moderatorin Eva Schulz (re) hielt die Laudatio auf Johan von Mirbach.



Der Publikumspreis ging an Fabian Köster (Mitte) und Lutz van der Horst. Überreicht wurde er von DUH-Bundesvorständin Prof. Dr. Margit Mönnicke (li). Die Laudatio hielt die Klimaaktivistin und Creatorin Carla Reemtsma (re).



Erhard Grundl, Mitglied des Bundestags und kulturpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion (re), würdigte Gerhard Polt (rundes Bild) und die Well-Brüder für 40 Jahre Politsatire.



Die Well-Brüder Karl, Christoph und Michael aus'm Biermoos (oben), rundes Bild: Hans Well. Campino, Frontmann der Toten Hosen und langjähriger Freund, gratulierte per Videobotschaft (li).



Von der Ausschreibung bis zur feierlichen Preisverleihung federführend realisiert wird der UmweltMedienpreis von Erika Blank (re), Antonia Paul (li) und DUH-Geschäftsführer Matthias Walter, der schwingvoll durch den Abend führte.



2023 für Mensch, Natur und Klima

Kurz und knapp erfahren Sie hier, wo wir in 2023 für Umwelt, Klima, Verbraucherinnen und Verbraucher aktiv waren. In unserer gesamten Themenvielfalt haben wir viel bewegt und stellen Ihnen daraus einige Beispiele vor.

Neues, bahnbrechendes Klimaurteil

Bei unseren **2 Klagen gegen die Bundesregierung** gab uns das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im November Recht: Das Gericht bestätigt den Verstoß gegen das Klimaschutzgesetz und verurteilt die Regierung, schnellstmöglich **wirksame Klimaschutz-Sofortprogramme für die Sektoren Verkehr und Gebäude** vorzulegen. Wir fordern

- ein **Tempolimit**
- den **Abbau der 65 Milliarden schweren klimaschädlichen Subventionen**
- und eine **Sanierungsoffensive**.



Und damit nicht genug: Im Februar 2024 werden unsere **3 weiteren Klimaklagen** gegen die Bundesregierung verhandelt.

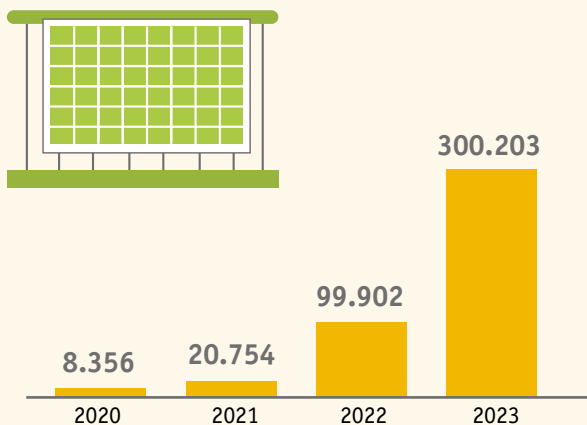
Boom bei Balkonkraftwerken

Wir haben die Entbürokratisierung bei **Stecker-Solargeräten** mit vorangebracht.

Potenziell Profitierende: mehr als **10** Millionen Haushalte.

Mit solch einem Stecker-Solargerät können – je nach Ausrichtung – jährlich bis zu **550 kWh Strom** erzeugt werden, das sind beispielsweise **900 Waschmaschinengänge**.

Pro Jahr **spart** das bis zu **200** Euro Stromkosten und über **200** kg CO₂.



Anzahl der registrierten Stecker-Solaranlagen für Balkone, Garagen, Terrassen etc. mit max. 600 Watt Leistung, kumulierte Zahlen

(Quelle: Bundesnetzagentur, Stand 28.08.2023)

Fischotter gerettet

Den **Abschuss von Fischottern** an Teichen haben der Bund Naturschutz Bayern und wir per Eilantrag vor Gericht **vorerst abgewehrt**. Einem

Kontingent von **32** Tieren, auch Welpen und tragende oder säugende Weibchen, drohte die „Entnahme“. Nun müssen wir im Hauptverfahren den **endgültigen Stopp** der rechtswidrigen Abschuss-Verordnung der bayerischen Landesregierung erwirken.



Grüne Schulhöfe

Wir sind für naturnahe Schulhofumgestaltungen aktiv und schaffen **klimaangepasste Lern- und Naturerfahrungsorte**. Bislang erreichten wir

damit **43.212** Schülerinnen und Schüler. Und auch 2024 geht es weiter!

Umgestaltete Schulhöfe (kumuliert):

10 → 82



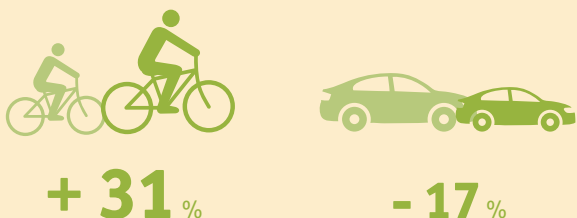
2018



2023

Radwege für die Mobilitätswende

Städte brauchen eine sichere Radinfrastruktur. Wir haben **Radwegestops in Berlin verhindert**. Nach Fertigstellen eines durchgehenden Radweges auf der Müllerstraße in Berlin-Mitte stieg der **Radverkehr** an und im selben Zeitraum ist der **Anteil der Kfz** auf dieser Straße zurückgegangen:



Neues EU-Gesetz für Renaturierung

Für das **Nature Restoration Law**, ein Gesetz, mit dem die EU **Klima- und Biodiversitätsschutz** miteinander verbinden will, haben wir gekämpft. Mit seiner konsequenten Umsetzung können beispielsweise allein in Mecklenburg-Vorpommern jährlich bis zu **6 Mio t CO₂-Emissionen** vermieden werden, würde man dort die **Moore renaturieren**.



Sauberes Grundwasser

Niedersachsen und **Nordrhein-Westfalen** müssen gegen die **massive Nitratbelastung** im Ems-Gebiet vorgehen, um im **Grundwasser** den **EU-Grenzwert** von **50 mg Nitrat** pro Liter einzuhalten.



Dieses Gerichtsurteil ist das Ergebnis einer **DUH-Klage**. Der Nitratüberschuss entstammt vor allem der **Gülle aus Massentierhaltung**.



Gegen Pestizide

Genau **1.004** chemische Mittel sind auf dem deutschen Markt in **1.888 Pestizid-Produkten** zugelassen. Wir gehen gegen die Zulassung besonders gefährlicher Pestizide vor und nutzen hierfür das Recht, das der Europäische Gerichtshof allen Umweltverbänden jüngst zugesprochen hat – **aufgrund einer DUH-Klage**.

(Quelle: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit)



Zwischenergebnis im Abgasbetrug

Gegen die **Abschalteinrichtung eines VW Golf** haben wir geklagt. Im April urteilt das Verwaltungsgericht Schleswig: Wenn Volkswagen es nicht schafft, Diesel-Pkw mit einer auch bei Kälte oder in Höhenlagen funktionierenden Abgasreinigung zu konstruieren, dürfen solche weder zugelassen noch verkauft werden. VW ist in Berufung gegangen.



Wir kämpfen weiter für die Besitzer von **8,6 Mio.** Diesel-Pkw verschiedener Hersteller.

Sportlicher Erfolg für unser Kreislaufwirtschaftsteam

Seit 2023 werden in allen **18 Fußballstadien** der Herren-Bundesliga standardmäßig **Mehrwegbecher** eingesetzt. Allein in der Saison 2023/24 können so mehr als **13 Millionen Einweg-Plastikbecher** eingespart werden.

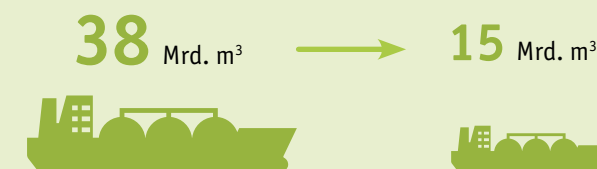


LNG-Terminal vor Rügen

Anfang 2023 wurden die Pläne für ein gigantisches **LNG-Terminal** vor der **Küste Rügens** bekannt. Trotz fehlendem energiewirtschaftlichen Bedarf und irreversiblen Schäden für die Natur ist das Vorhaben weiterhin nicht vom Tisch.



Doch durch stetigen Druck und aktiven Widerstand vor Ort wurde die **ursprüngliche Kapazität um 60 % gedrosselt**:



Keine leeren Werbe-Versprechen

Mit juristischen Verfahren konnten wir **24 Unternehmen** verpflichten, irreführende Klimaneutralitätsversprechen zu unterlassen, darunter **Danone, Lavazza** und **TotalEnergies**. Weitere **16 Verfahren** gegen Unternehmen haben wir eingeleitet.



Finanzen – unabhängig und transparent

Die Deutsche Umwelthilfe konnte 2022 die positive Entwicklung in der Projektarbeit und im Finanzergebnis fortführen. Es ist gelungen, unsere Aktivitäten kontinuierlich zu stärken und die damit verbundene Unabhängigkeit weiter zu festigen.

Im Jahr 2022 hatten wir einen ausgeglichenen Haushalt. Das DZI-Spenden-Siegel bestätigt uns die Einhaltung seiner Standards und unseren verantwortungsgerechten Umgang mit Geld. Wir haben uns außerdem verpflichtet, die Finanzen der DUH und ihre rechtlichen Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft offenzulegen. Da wir, wie jedes Jahr, den Jahresbericht im Dezember des laufenden Jahres veröffentlichen, finden Sie hier die Haushaltszahlen des Jahres 2022.

Einnahmen

Gegenüber dem Vorjahr wuchs das Haushaltsvolumen um 2,1 Millionen Euro auf nun 16,5 Millionen Euro. Diese erfreuliche Steigerung wird durch die positive Entwicklung der verschiedenen Einnahmequellen der DUH ermöglicht.

Spenden und Fördermittel sind nach wie vor die bedeutendste Einnahmequelle. Vor allem Privatpersonen und Stiftungen, aber auch Projektunterstützungen von der Europäischen Union, des Bundes sowie mehrerer Landesregierungen helfen uns, unsere Ziele zu erreichen.

Mit einem weiteren Wachstum der Unterstützungen durch Privatpersonen in Form von Spenden oder Mitgliedsbeiträgen auf eine Gesamtsumme in Höhe von 6,4 Millionen Euro wächst die Bedeutung dieser Einnahmen-Kategorie. Aber auch die anderen Arten der Unterstützung, in Form von Zuschüssen und Spenden von Institutionen, leisten mit 6,6 Millionen Euro einen großen Beitrag zur Stärkung unserer Finanzkraft. Davon entfallen 1,9 Millionen Euro auf öffentliche Zuschüsse. Unternehmen haben uns mit zirka 466.000 Euro unterstützt.

Die Einnahmen aus der Ökologischen Marktüberwachung betragen zirka 3,1 Millionen Euro. Wie in den Vorjahren haben wir diese Einnahmen für die Finanzierung der Marktüberwachung sowie der verbraucher-schutzbezogenen Aktivitäten verwendet.

Mit der breit angelegten Einnahmenstruktur konnten wir unsere Unabhängigkeit weiter stärken und somit die Grundlage unserer Aktivitäten zusätzlich festigen. Unsere Förderer und Unterstützer ermöglichen so unsere aktive Rolle im Natur- und Klimaschutz.

Um ein hohes Maß an Transparenz über die Herkunft unserer Mittel herzustellen, nennen wir in unserem Jahresbericht Institutionen, die mit ihren Zuwendungen wesentlich zum Haushalt der DUH beigetragen haben. Das waren im Jahr 2022:

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)
- Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN)
- Deutsche Postcode Lotterie
- European Climate Foundation
- Tilia Fund
- Plastic Solution Fund
- Climate Works Foundation

Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit.

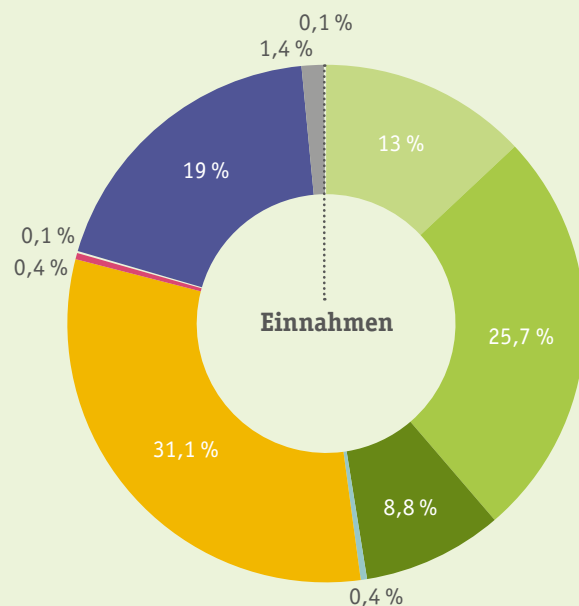
Ausgaben – Verwendung für Projekte

Wie im Vorjahr entfielen 77 Prozent der Ausgaben auf unsere Projekte. Den größten Teil der Projektarbeit leisten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst und nur ein kleinerer Teil unserer Mittel wurde an Partnerorganisationen in Form von Projektförderungen weitergegeben. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei elf Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei 8,5 Prozent. Mehr als die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Mit dem Jahresüberschuss von knapp über 155.000 Euro stärken wir weiter unsere Rücklagen.

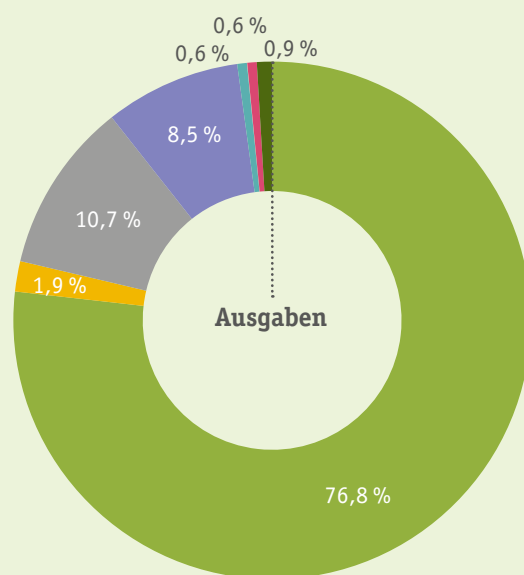
(Fortsetzung S. 30)

Einnahmen und Ausgaben 2022*

Einnahmen (gerundet)	2022 in €	2021 in €
Mitgliedsbeiträge	2.143.678	1.633.496
Privatspenden	4.234.724	3.248.803
Spenden von Institutionen / Unternehmen	1.442.846	1.641.796
Sponsorings	65.000	50.000
Projektzuschüsse	5.131.629	5.008.496
Zuweisungen von Geldauflagen	64.215	91.740
Erbschaften	-	-
Zins- und Vermögenserträge	21.012	24.954
Erträge Ökologische Marktüberwachung	3.123.317	2.508.129
Sonstige Erträge	228.045	179.967
Beauftragte Projekte	22.700	28.487
Summe Einnahmen	16.477.166	14.415.868

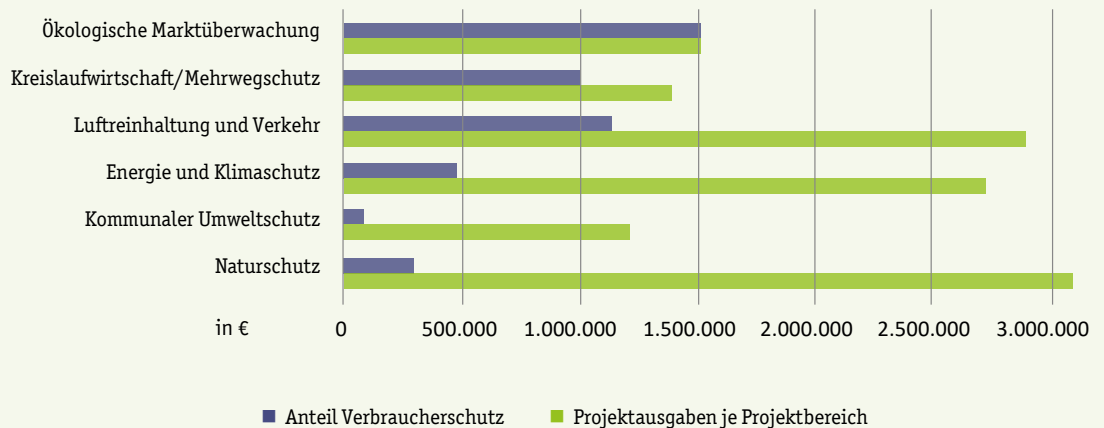


Ausgaben (gerundet)	2022 in €	2021 in €
Projektaufwand (Projektförderung und -begleitung)	12.651.826	11.042.671
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit	312.559	423.117
Allgemeine Verwaltung	1.759.033	1.432.836
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	1.397.994	1.184.850
Sonstige Aufwendungen	99.233	150.469
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.219	4.572
Abschreibungen	97.438	60.189
Jahresüberschuss	155.864	117.164
Summe Ausgaben	16.477.166	14.415.868



*Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht wurden.

Verbraucherschutz in den DUH-Projekten



Die Grafik verdeutlicht, wie hoch der Anteil der Verbraucherschutzaktivitäten an der gesamten Projektarbeit unseres Verbandes ist.

Verbraucherschutz in der Projektarbeit

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation spielen in unserer Projektarbeit eine herausragende Rolle. Denn Natur- und Umweltschutz kann nicht ohne den Menschen als Verbraucher gedacht werden und umgekehrt. Die Deutsche Umwelthilfe ist ein Umwelt- und Naturschutzverband und zugleich ein anerkannter, klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Das Bundesamt für Justiz prüft in regelmäßigen Abständen, ob die DUH weiterhin die Voraussetzungen erfüllt, um als klageberechtigter Verband auch vor Gericht die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vertreten. Das schafft die Voraussetzung für die DUH, Unternehmen

daraufhin zu kontrollieren, ob sie umweltbezogene Verbraucherschutzgesetze und Verordnungen zum Beispiel zu den Abgasemissionen von Fahrzeugen, CO₂-Ausstoß oder Energieverbrauch korrekt umsetzen. Verstöße gegen diese für den Klimaschutz wichtigen Verbraucherschutzvorschriften verfolgt die DUH rechtlich. Den hohen Kosten für die Kontrolle, Emissionsmessungen und notwendige Gutachten, Rechtsverfahren der Ökologischen Marktüberwachung sowie für die Verbraucherberatung in allen Fachbereichen stehen Einnahmen aus den Abmahngebühren gegenüber. Dazu kommen Konventionalstrafen von Unternehmen, die zum wiederholten Male gegen die Vorschriften verstoßen haben.

Bilanz zum 31.12.2022

Aktiva	2022 in €	2021 in €	Passiva	2022 in €	2021 in €
Anlagevermögen	403.757	289.806	Eigenkapital	2.856.477	2.384.320
Umlaufvermögen	9.783.515	8.603.675	Rückstellungen	1.077.434	1.082.075
Aktive Rechnungsabgrenzung	45.607	39.304	Verbindlichkeiten	6.357.400	5.726.136
Sondervermögen	512.363	772.234	Sondervermögen	453.931	512.488
Summe	10.745.242	9.705.019		10.745.242	9.705.019

Etwa 36 Prozent unseres Projektaufwands gesamt entfällt auf Kosten für die Ökologische Marktüberwachung, für Verbraucherberatung sowie für die verbraucherbezogene Projektarbeit in allen Fachbereichen. (Siehe Grafik Seite 30 oben).

Mittelherkunft für künftige Projekte

Die Bilanzsumme ist erneut auf nun 10,7 Millionen Euro angestiegen. Darin enthalten sind (unter Verbindlichkeiten ausgewiesen) zirka 5 Millionen Euro zweckgebundene Mittel, die für die zukünftige Projektarbeit bereitstehen. Hinzu kommt das Sondervermögen des Venture and Nature Fund in Höhe von 453.931 Euro, welches die Umsetzung besonders zukunftssträchtiger Projekte ermöglicht. Mit den Einnahmen aus Erbschaften und dem moderaten Haushaltsüberschuss konnten wir erneut das Eigenkapital stärken und so die freien Rücklagen des Vereins ausbauen.

Jahresabschluss

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs für Kapitalgesellschaften. Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden danach im Haushalt erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht werden. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2022 geprüft.

Mitarbeitende und Standorte

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum Ende des Jahres 2023 insgesamt 201 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, außerdem 24 studentische Aushilfen.

158 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Berlin, 60 in der Geschäftsstelle Radolfzell, weitere fünf in der Geschäftsstelle Hannover, vier sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen. Wie bereits seit 2021 ist auch in diesem Jahr wieder eine FÖJlerin in unserem Berliner Büro beschäftigt.

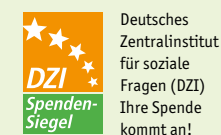
Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. setzt sich aus dem Bundesvorstand, der fünfköpfigen Bundesgeschäftsführung, sechs inhaltlich arbeitenden Fachbereichen, dem Bereich Marketing und Fundraising, unserem Kommunikations- und Kampagnenteam und den Bereichen Finanzen und Verwaltung zusammen.

179 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden nach einem DUH-Gehaltstarif bezahlt, der mit der Vergütung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Das Durchschnittsgehalt (umgerechnet auf Vollzeit) der Leitungsebene lag im Jahr 2022 bei 106.430 Euro. Unsere Mitarbeitenden mit besonderer fachlicher Qualifikation und Verantwortung, wie zum Beispiel unsere Fachreferentinnen und -referenten, Senior Expertinnen und Experten verdienten durchschnittlich 60.149 Euro. Alle anderen tariflichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, wie unsere Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter im Verwaltungsbereich und Projektassistenzen der Fachbereiche hatten ein Durchschnittsgehalt von 46.269 Euro. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten eine betriebliche Altersvorsorge. Die neun Mitglieder des Vorstands erhielten für ihre Aktivitäten eine Aufwandsentschädigung von zusammen 35.000 Euro.

Transparenz und Datenschutz

Die Deutsche Umwelthilfe trägt seit einer Reihe von Jahren das DZI-Spendensiegel. Dieses Siegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern. Dazu lassen wir uns alljährlich an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen. Zusätzlich bekennt sich die Deutsche Umwelthilfe zu den ethischen Richtlinien für das gemeinnützige Erbe und ist damit Trägerin des Erbschaftssiegels. Bereits im Jahr 2017 ist die DUH der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir stellen seitdem auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereit. Seit Anfang 2022 sind wir – entsprechend den gesetzlichen Vorgaben – im Lobbyregister des Deutschen Bundestages gemeldet.

Mit ihren Datenschutzregeln setzt die DUH die Vorgaben der DSGVO für maximale Sicherheit aller verwendeten Daten um (www.duh.de/datenschutz/).



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
Ihre Spende
kommt an!



Ein starker Partner: der Venture and Nature Fund

Schon seit 2016 begleitet der Venture and Nature Fund (VNF) unsere Arbeit. Er stellt Startfinanzierungen für Projekte bereit, die nach innovativen Lösungen suchen.

Um großen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir ausgefallene Strategien, Kreativität und mutige Denkmuster. Wenn wir in einem Projekt neue, außergewöhnliche Lösungsansätze verfolgen wollen, gestaltet es sich aber oft als schwierig, einen Fördermittelgeber dafür zu begeistern. Denn zu Beginn solch eines Projekts ist nicht immer absehbar, inwieweit es überhaupt umweltpolitische Wirkung entfalten kann. Mit dem Venture and Nature Fund (VNF) steht uns ein Partner zur Seite, der mit seinen Anschubfinanzierungen besonders innovative DUH-Projekte ermöglicht.

Bevorzugt unterstützt der VNF die Anfangsphase von Projekten mit einem international übertragbaren Ansatz. In seiner inzwischen siebenjährigen Geschichte hat der Fonds bereits zahlreiche wichtige Impulse für Kampagnen aus fast allen Fachbereichen der Umwelthilfe gegeben. So gewähren die Stifter der DUH einen großen Spielraum und eröffnen die Chance, im nächsten Schritt andere Förderer mit ins Boot zu holen.

Im Jahr 2023 konnten wir dank der Förderung aus dem VNF zwei neue Themenfelder angehen. Mit der „Solaroffensive Deutschland“ haben wir auf allen politischen Ebenen den notwendigen Solarausbau thematisiert, Entscheidungsträger motiviert und gleichzeitig

fachlich beraten. Dabei zielen wir insbesondere auf Standorte auf versiegelten Flächen: kommunale und gewerbliche Dachflächen, Parkplätze oder Autobahnraststätten. Für Freiflächen-PV müssen die Landkreise auch unversiegelte Flächen nutzen.

Photovoltaik „groß denken“

Dass der Druck auf Ressourcen, Mensch und Natur steigen wird, weil die PV-Produktionsmengen vervielfacht werden müssen, liegt auf der Hand. Eine umwelt- und sozialgerechte Ausgestaltung der PV-Produktion entlang der gesamten Lieferkette betrachten wir deshalb als unerlässlich. Aber derzeit ist die globale PV-Produktion zu über 80 Prozent von China beherrscht – ohne ausreichende Beachtung von Umweltstandards. Mit der vom VNF geförderten Kampagne „Solar for a better Future: Eine verantwortungsvolle Photovoltaik-Lieferkette in Europa“ wenden wir uns an europäische und nationale Stakeholder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wir sensibilisieren und fordern die nötigen politischen Rahmenbedingungen ein. Unser Ziel: Der europäische PV-Markt soll in Zeiten des Klimawandels und multipler Krisen eine Schlüsselrolle in der Energieerzeugung einnehmen.



Venture and Nature Fund

Für den Vertrauensvorschuss und die großartigen Spenden danken wir den Stiftern sehr herzlich!

Angeblich „klimaneutral“ – Stoppen Sie mit uns den Betrug!

Konsumieren, fliegen, Auto fahren – alles ohne schädliche Auswirkungen auf das Klima? Diesen Eindruck erwecken Unternehmen, wenn sie ihre Produkte oder Dienstleistungen als „klimaneutral“, „CO₂-neutral“ oder gar „klimapositiv“ bewerben. Gegen diese irreführenden Werbeversprechen gehen wir vor, da es sich meist um dreistes Greenwashing handelt. Denn für all diese Dinge werden weiterhin klimaschädliche Treibhausgase ausgestoßen, auch wenn die Unternehmen versuchen, sich mit CO₂-Zertifikaten reinzuwaschen.



Das Werben mit Klimaneutralität ist äußerst problematisch. Unternehmen nutzen CO₂-Zertifikate als günstige Ausrede, um Emissionen zu kompensieren, statt diese tatsächlich zu reduzieren. Mithilfe der Zertifikate soll anderswo auf der Welt CO₂ eingespart werden, oft durch zweifelhafte Waldschutzprojekte im globalen Süden.

Ehrlicher Klimaschutz statt Ablasshandel

Dieser Ablasshandel ist finanziell attraktiver als echte Emissionsreduktionen und mindert somit die Motivation der Unternehmen, sie tatsächlich anzugehen. Gleichzeitig werden Verbraucherinnen und Verbraucher getäuscht, da sie annehmen, ohne Klimaauswirkungen konsumieren zu können. Hinzu kommt, dass der Zertifikatehandel völlig unreguliert ist. Bislang fehlen gesetzliche Mindeststandards und unabhängige Kontrollen der vermeintlichen CO₂-Einspar-Projekte.

Unsere bereits erzielten Erfolge

Durch unser rechtliches Vorgehen konnten wir bereits Unternehmen wie TotalEnergies, HelloFresh und viele weitere dazu bewegen, künftig auf diese Greenwashing-Masche zu verzichten. Die Unternehmen haben sich ver-

pflichtet, weiterführende Informationen zu ihren Klimaneutralitätsaussagen bereitzustellen oder diese Werbung komplett zu unterlassen.

Jetzt nochmal Druck machen

Inzwischen erkannte auch die EU, dass der Handel mit CO₂-Zertifikaten äußerst problematisch ist und hat eine entsprechende Richtlinie auf den Weg gebracht. Demnach sollen Begriffe wie „klimaneutral“ nur noch dann verwendet werden dürfen, wenn diese Angaben auch tatsächlich zutreffen. Dadurch werden Umweltaussagen, die auf dem Kauf von CO₂-Zertifikaten beruhen, künftig verboten. Gemeinsam fordern wir deshalb von Bundesjustizminister Marco Buschmann und Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke: Nutzen Sie den europäischen Rückenwind und handeln Sie JETZT. Auch in Deutschland muss schnellstmöglich ein Verbot dieser Verbrauchertäuschung her!



Unterstützen Sie uns mit Ihrer Unterschrift!

<https://l.duh.de/klimaneutral>





» Haben Sie ein persönliches Anliegen? Dann wenden Sie sich gerne direkt an mich. «

Jutta Windeck,
Ansprechpartnerin
für Vermächtnisse,
Erbschaften und
Schenkungen



Umwelt bewahren – Zukunft gestalten

In unserer Arbeit geht es jeden Tag darum, die Um-Welt ein Stückchen besser zu machen. Mit Ihnen teilen wir das Anliegen, langfristig die Natur zu bewahren und das Klima zu schützen. Immer wieder sprechen uns Unterstützerinnen und Unterstützern an, die dies auch weit in die Zukunft tun wollen.

Klimagase mindern, Flüsse und Auen mit einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt, saubere Luft und sauberes Wasser – das sind Beispiele für unsere Ziele. Unser Verein besteht seit 1975 und das Team verfolgt die Satzungsziele mit Leidenschaft und Nachdruck. Mit hoher Sachkompetenz gehen wir an die Projekte heran oder in politische Debatten hinein.

Auch juristisches Know how zählt zu unseren Werkzeugen. Wir besitzen mittlerweile umfangreiche Erfahrung darin, Politik oder Konzerne über gerichtliche Verfahren zu Umwelt- und Klimaschutz zu verpflichten. Wer uns eine Spende anvertraut, kann sichergehen, dass wir das Geld wirksam einsetzen.

Werte leben und weitertragen

Verantwortliches Handeln umfasst auch sorgfältige Entscheidungen zu Lebzeiten, was später einmal mit Hab und Gut geschehen soll.

Was vielen unklar ist: Wenn kein Testament vorhanden ist, greift die gesetzliche Erbfolge. Werden keine Erben ausfindig gemacht, erbt der Staat. Deshalb kann es wichtig sein, sich über diese und weitere formale Fragen zu informieren. Auch wenn Sie Ihre Werte und Ideale, die Sie leben, weitertragen möchten, ist das ein guter Grund, sich mit der Gestaltung Ihres Nachlasses zu befassen.

Mit einem Testament kann man ein Stück Zukunft gestalten: Sie können verantwortungsvoll für künftige Generationen sorgen und etwas bewirken. Mit Ihrem „Letzten Willen“ können Sie erklären, was Ihnen am Herzen liegt. So können Sie Ihren Nachlass abweichend von der gesetzlichen Erbfolge verteilen, um nach Ihrem Tod diejenigen zu unterstützen, die Ihnen am Herzen liegen, Ihre Werte teilen und Ihr Lebenswerk weiterführen.

Wer auch nach seinem Tod eine gemeinnützige Organisation mit einer bestimmten Geldsumme oder anderen Teilen seines Vermögens bedenken möchte, muss dies in einem Testament oder Erbvertrag regeln. So können Sie auch die Deutsche Umwelthilfe als Erbin einsetzen oder mit einem Vermächtnis bedenken. Nur mit einem Testament oder Erbvertrag nutzen Sie Ihre individuelle Gestaltungsfreiheit.

Gemeinsam Großes für die Zukunft bewirken

Einen weitblickenden „Auftrag“ hat uns ein kürzlich verstorbener Spender mit seinem Testament gegeben: „Die Deutsche Umwelthilfe e.V. teilt meine Werte und soll nach meinem Tod an meiner Stelle weiter für eine lebenswerte Umwelt kämpfen, damit auch kommende Generationen eine Zukunft haben.“ Solch ein Vertrauen ehrt uns und spornt uns an.

Sollten Sie selbst geerbt haben und Erbschaftsteuer zahlen müssen, können Sie uns ebenfalls unterstützen, indem Sie zu versteuernde Einnahmen aus der Erbschaft an uns spenden. Ihre Spende fließt zu einhundert Prozent in unsere Arbeit für Natur und Klima. Die Deutsche Umwelthilfe ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt und deshalb gänzlich von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.

Wir nehmen uns Zeit für ein Gespräch oder einen Besuch

Wir stehen Ihnen jederzeit vertraulich mit Informationen zu formalen Vorgaben für ein rechtskräftiges Testament oder bei Fragen etwa zum Verwahrort zur Seite. Bei Bedarf greifen wir auf unser Netzwerk von Notaren, Steuerberatern und Testamentsvollstreckern zurück.

Wenn Sie überlegen, die Deutsche Umwelthilfe in Ihrem Testament zu bedenken, vermitteln wir Ihnen auf Wunsch eine Fachanwältin oder einen -anwalt für Erbrecht für eine kostenfreie juristische Erstberatung.



Kontakt:

Deutsche Umwelthilfe e. V.
Jutta Windeck
Ansprechpartnerin für Vermächtnisse,
Erbschaften und Schenkungen
Tel.: 030 24 00 867-516
windeck@duh.de

Informationen und Erbquotenrechner:
www.duh.de/spenden/testament/



Mein Erbe
tut Gutes.
Das Prinzip Apfelbaum



Die Deutsche Umwelthilfe trägt das Erbschaftssiegel. Sie bekennt sich zu den ethischen Richtlinien für das gemeinnützige Erbe.



Ihr Engagement schreibt positive Schlagzeilen!

Schon beim Morgenkaffee prasseln sie auf uns ein, flimmern uns auf dem Smartphone entgegen, prägen sich in unser Gedächtnis – die schlechten Nachrichten, 365 Tage im Jahr. Doch Sie haben sich dazu entschieden, etwas für gute Neuigkeiten im Natur- und Klimaschutz zu bewegen: Ein herzliches Dankeschön für Ihr Engagement, es wirkt!

Dank Ihnen hieß es 2023 im Newsticker: „Durchbruch gegen illegale Abschalt-einrichtungen in Dieselfahrzeugen“, „Der Fischotter ist zurück!“ oder „Mieter bekommt Recht: Balkonkraftwerk darf angebracht werden“. Egal ob Sie gespendet, eine Mail-Aktion unterzeichnet oder vor Ort mit uns demonstriert haben, Ihr Mitwirken hilft!



Ihre Treue macht Umweltschutz planbar. An alle Fördermitglieder, die uns jährlich mit ihrem Beitrag Sicherheit geben: Sie helfen uns, an Themen wie der Stärkung von Mehrweg oder dem Kampf für „Saubere Luft in Städten“ kontinuierlich und mit Nachdruck dranzubleiben. Danke, dass Sie es uns auch ermöglichen, unsere langjährige fachliche Expertise auszubauen.



Ihr Einsatz unterstützt Ihr Herzensprojekt. An alle Patinnen und Paten, die für Klima-, Natur- und Artenschutz spenden: Dank Ihnen konnten wir gegen den Fischotterabschuss klagen, Lebensräume renaturieren und eine weitere Reihe von Klimaklagen vor Gericht bringen. Danke, dass Sie Tier und Umwelt so verlässlich zur Seite stehen.



Ihr Engagement bringt gro- ße Themen nach vorn. An alle Spenderinnen und Spender, die unseren Projekten gezielt helfen: Dank Ihnen konnten wir auch dieses Jahr wieder schnell und flexibel gegen Umweltgefahren wie den Bau der LNG-Pipeline oder den Radwegestopp vorgehen. Danke, dass Sie dort einspringen, wo Hilfe am dringendsten benötigt wird.



Ihr Mitwirken verschafft dem Umweltschutz Gehör. An alle, die sich an Petitionen, Mitmachaktionen oder an den Votings für den „Goldenen Geier“ beteiligt haben: Dank Ihnen konnten wir den politischen Druck auch 2023 erhöhen und die Umweltsünden von McDonalds, HelloFresh und dem Mineralölkonzern TotalEnergies ans Licht bringen. Danke, dass Sie Umwelt und Klima Ihre Stimme geben.



Unsere Vielzahl macht uns stark. An alle, die Klima- und Naturschutzprojekte weiter-sagen, verschenken, teilen, verfolgen, befürworten, umsetzen oder in Ihrem Testament weiterleben lassen: Sie machen unsere Arbeit erst möglich.

Wir sagen: Danke!



Fotos: (i. v. o. n. u.) Stefan Wieland, Grafe/DUH, Preisgrer/DUH; (re. v. o. n. u.) DUH, Andi Wieland (u.)

Das Team der DUH

Bundesvorstand

Prof. Dr. Harald Kächele,
Vorsitzender
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Stellvertretender Vorsitzender
Burkhard Jäkel,
Stellvertretender Vorsitzender
Susanne Gerstner
Prof. Dr. Margit Mönnecke
Prof. Dr. Jens Pape
Michael Rothkegel
Dr. Martin Schmidt
Susanne Schubert

Bundesgeschäftsführung

Barbara Metz
Sascha Müller-Kraenner
Jürgen Resch

Mitglieder der

Bundesgeschäftsführung

Ulrike Voß
Matthias Walter

Bundesgeschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell

Leiterin: Sandra Hohmann
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Babett Böhme
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: berlin@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände

Regionalverband Süd

Ansprechpartnerin: Eva Schmid
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: duh-sued@duh.de

Regionalverband Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord

Ansprechpartnerin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüros

Projektbüro „Lebendige Elbe“

Poststraße 7
06366 Köthen
Telefon 03496 21000-9
Telefax 03496 21000-8

Projektbüro Erfurt

c/o KrämerLoft
Bahnhofstr. 16/Büßleber Gasse
99084 Erfurt
Telefon 0361 30254910

Projektbüro Wolgast

Breite Str. 26
17438 Wolgast
Telefon 03836 2798966

Mitgliederversammlungen

Die Mitgliederversammlungen der Regionalverbände der Deutschen Umwelthilfe e.V. finden in 2024 zu untenstehenden Daten statt. Weitere Informationen zu den Mitgliederversammlungen erhalten Sie bei den genannten Kolleginnen.

■ Regionalverband Süd (Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland):

Freitag, 15. März 2024

Eva Schmid | schmid@duh.de

■ Regionalverband Ost (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin):

Donnerstag, 21. März 2024

Ines Wittig | wittig@duh.de

■ Regionalverband Nord (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein):

Samstag, 20. April 2024

Gabi Fiedler | fiedler@duh.de

Foto: Holzmann/DUH



IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V.

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de

■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch

■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer, Andrea Kuper

■ **Autorinnen und Autoren:** Lisa Babak, Reinhild Benning, Sven Bergau, Paula Brandmeyer, Peer Cyriacks, Kathrin Demel, Thomas Fischer, Rebecca Fox, Anna-Lena Franke, Carla Geisen, Michael Hadamczik, Helena Holenweger, Maike Mehlis, Daniel Edwin Moser, Stefan Johag, Christine Lützkendorf, Ilka Markus, Josefina Massaglia, Hanna Rhein, Agnes Sauter, Anna Schuer, Isabel Seeger, Christoph Störmer, Francheska Tacke, Andrea Wielath, Jutta Windeck, Rupert Wronski, Constantin Zenger

■ **Gestaltung:** Claudia Kunitzsch

■ **Redaktionsschluss:** 01. Dezember 2023

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ **Druck:** Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues

■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell

■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier** ■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** SozialBank | **IBAN:** DE4537020500008190002
SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Die Deutsche Umwelthilfe wird von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

Korrektur

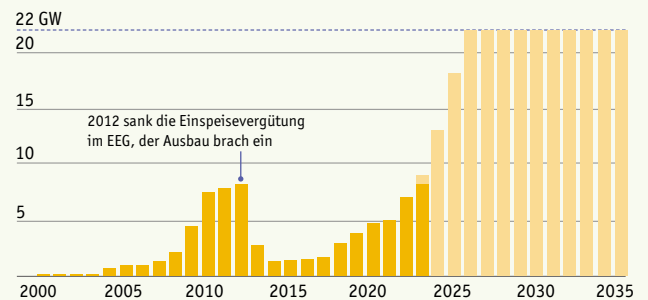
In der DUHwelt 3/2023 (S. 13) haben wir eine Grafik mit fehlerhaften Zahlen abgebildet. Dies ist die korrigierte Infografik.

Solarenergie – wie läuft der Ausbau?



Die **Ausbauziele** des Erneuerbare Energien-Gesetzes

geben ab 2026 einen jährlichen Zuwachs von **22 GW** vor.



Stand: 21.08.2023

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Umwelt bewahren,
Zukunft gestalten.

© DUH

 Deutsche Umwelthilfe

Ansprechpartnerin für Vermächtnisse, Erbschaften und Schenkungen:

Jutta Windeck
Deutsche Umwelthilfe e.V.
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Tel. +49 30 2400867-516
windeck@duh.de



Spendenkonto

SozialBank
IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02
BIC: BFSWDE33XXX

Vereinsregister Hannover Nr. 202112

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnütziger Verein von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.

 umwelthilfe

[.de www.duh.de](http://www.duh.de)

